

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG)

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/4084)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Einsetzung eines Thüringer Normenkontrollrats

(1) Bei der Staatskanzlei wird eine Kommission eingerichtet, die sich der Aufgabe des Bürokratieabbaus widmen soll. Zu diesem Zweck soll die Kommission, wie im Folgenden näher beschrieben, neue wie auch bestehende Normen kontrollieren. Im Lichte dieser Aufgabe wird die Kommission als Thüringer Normenkontrollrat definiert. Der Thüringer Normenkontrollrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Der Thüringer Normenkontrollrat hat die Aufgabe, die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung zu beraten und zu unterstützen. Weiter soll er die Landesregierung bei der Etablierung eines kontinuierlichen Prozesses für rechtssicheren Bürokratieabbau beraten. Daraus ergibt sich für den Thüringer Normenkontrollrat sowohl ein Prüfungs- als auch ein Beratungsmandat.

(3) Er prüft insbesondere die Darstellung des Erfüllungsaufwands und der Gesetzesfolgekosten neuer Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung auf ihre Nachvollziehbarkeit sowie Methodengerechtigkeit. Er prüft zudem die Darstellung der sonstigen Kosten der Wirtschaft sowie die infolge einer neuen Regelung erforderlichen Verwaltungsprozesse. Der Thüringer Normenkontrollrat soll im Rahmen seiner Prüfungen zu diesen neuen Regelungen auch Vorschläge zur Reduzierung des Erfüllungsaufwands, zu Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen und zur besseren Rechtsetzung unterbreiten.

(4) Die angestrebten Ziele und Zwecke von Regelungen sind nicht Gegenstand seiner Prüfungen.

§ 2**Begriffsbestimmungen und Arbeitsweise**

(1) Der Erfüllungsaufwand umfasst den gesamten messbaren Zeitaufwand und die Kosten, welche durch die Befolgung einer Vorschrift bei den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen.

(2) Teil des Erfüllungsaufwands sind auch die Bürokratiekosten. Bürokratiekosten im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind solche, die natürlichen oder juristischen Personen durch Informationspflichten entstehen. Informationspflichten sind auf Grund von Gesetz, Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln.

(3) Bei der Messung der Bürokratiekosten kann unter anderem das Standardkosten-Modell (SKM), unter Zugrundelegung dessen international anerkannter Regeln, angewendet werden, wenn dies den Mitgliedern zielführend erscheint. Der Thüringer Normenkontrollrat ist nicht auf die Anwendung dieser Methodik beschränkt und kann davon unabhängig auch konkrete Einzelprüfungen bestimmter Lebens- und Verwaltungsbereiche mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung, -verbesserung und -beschleunigung durchführen und die Wirkung bestimmter Normen in der Praxis untersuchen. Weiter kann der Thüringer Normenkontrollrat im Rahmen des Auftrags der "besseren Rechtsetzung" die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regel, die Möglichkeiten zur Befristung und zur Evaluierung betrachten und überprüfen, ob es für den Normadressaten eine einfachere Form des Vollzugs gibt.

(4) Der Thüringer Normenkontrollrat prüft die Möglichkeiten der elektronischen beziehungsweise digitalen Bearbeitung und wirkt daraufhin, dass die Erfüllung des Aufwands durch elektronische Mittel ausreichend Berücksichtigung findet. Digitale Mittel und Methoden sollen bei der Umsetzung der Vorschläge Vorrang haben.

§ 3**Zusammensetzung und Organisation
des Thüringer Normenkontrollrats**

(1) Der Thüringer Normenkontrollrat besteht aus sieben Mitgliedern. Diese werden vom Landtag für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Eine erneute Berufung ist einmal zulässig. Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber der Staatskanzlei niederzulegen. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird ein neues Mitglied für die verbleibende Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Satz 3 gilt entsprechend.

(2) Eine Berufung kann aus wichtigem, in der Person des Mitglieds liegendem Grund aufgehoben werden, insbesondere dann, wenn bei fortbestehender Mitgliedschaft eine Beeinträchtigung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung des Thüringer Normenkontrollrats droht.

(3) Je ein Mitglied soll ein Praktiker aus den Bereichen Industrie- und Handel, Handwerk und Freie Berufe sein. Weiter soll je ein Mitglied ein Vertreter der Kommunen, der Wirtschaftskammern, der Arbeitnehmervereinigungen

und aus dem Bereich Verbraucherschutz sein. Der Thüringer Normenkontrollrat muss mindestens drei weibliche Mitglieder haben.

(4) Die Mitglieder dürfen während ihrer Mitgliedschaft im Thüringer Normenkontrollrat weder einer gesetzgebenden Körperschaft noch einer Bundes- oder Landesbehörde angehören, noch zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht innerhalb des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Thüringer Normenkontrollrats eine derartige Stellung innegehabt haben. Weiter dürfen die Mitglieder des Thüringer Normenkontrollrats nicht gleichzeitig einem anderen Beirat der Landesregierung angehören. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

(5) Die Mitgliedschaft im Thüringer Normenkontrollrat ist ein Ehrenamt. Die Mitglieder erhalten eine pauschale Aufwandsentschädigung, deren Höhe durch die Landesregierung festgesetzt wird, und Ersatz ihrer Reisekosten nach den entsprechend anzuwendenden Bestimmungen des Thüringer Reisekostengesetzes vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446) in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Der Thüringer Normenkontrollrat wählt mit einfacher Mehrheit aus seiner Mitte eine Person als Vorsitzenden beziehungsweise Vorsitzende und entscheidet über die Stellvertretung.

(7) Der Thüringer Normenkontrollrat entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Ein Sondervotum ist nicht zulässig.

(8) Der Thüringer Normenkontrollrat gibt sich im Einvernehmen mit der Landesregierung eine Geschäftsordnung.

(9) Die Rechtsaufsicht führt die Staatskanzlei.

(10) Bei der Staatskanzlei wird eine Geschäftsstelle des Thüringer Normenkontrollrats eingerichtet. Die Beschäftigten der Geschäftsstelle unterliegen im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Thüringer Normenkontrollrat allein dessen Weisungen.

(11) Die Mitglieder des Thüringer Normenkontrollrats und die Beschäftigten der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die als vertraulich bezeichneten Unterlagen verpflichtet. Weitergehende dienst- und beamtenrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

§ 4

Bereiche des Prüfungsrechts

(1) Dem Prüfungsrecht des Thüringer Normenkontrollrats unterliegen

1. Entwürfe von Landesgesetzen, die von der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden sollen,
2. Entwürfe von Landesgesetzen aus der Mitte des Landtags während der Ausschussbefassung und
3. Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierung und der Ministerien.

(2) Das Prüfungsrecht entfällt, soweit das Regelungsvorhaben

1. Bundesrecht umsetzt, dessen Erfüllungsaufwand bereits durch den Nationalen Normenkontrollrat geprüft wurde,
2. verbindliches Recht der Europäischen Union umsetzt,
3. sich auf die Festlegung von Zuständigkeiten oder auf die Zustimmung zu einem Staatsvertrag beschränkt oder
4. haushaltsrechtliche Regelungen einschließlich der Haushaltsbegleitgesetze und des Finanzausgleichsgesetzes betrifft.

Unbeschadet von Satz 1 kann die Landesregierung zu Gesetzes- und Verordnungsvorhaben des Bundes und der Europäischen Union, zur Vorbereitung der Beratung der Landesregierung in Bundesratsverfahren Stellungnahmen des Thüringer Normenkontrollrats einholen.

(3) Die Beteiligung des Thüringer Normenkontrollrats nach Absatz 1 erfolgt vor der abschließenden Befassung durch die Landesregierung.

(4) Es steht im Ermessen des Thüringer Normenkontrollrats, ob und in welchem Umfang er Prüfungen durchführt.

(5) Das federführende Ressort ist verpflichtet, den Thüringer Normenkontrollrat im Rahmen seiner Zuständigkeit frühzeitig bei den Vorarbeiten und der Ausarbeitung seiner Regelungsentwürfe einzubeziehen. Der Thüringer Normenkontrollrat steht den Ministerien hierbei insbesondere für eine Beratung hinsichtlich der methodengerechten Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands von Regelungsentwürfen zur Verfügung. Dazu übermittelt das federführende Ressort dem Thüringer Normenkontrollrat in elektronischer Form als bearbeitbare Datei zur Prüfung

- a) den zur Ressortabstimmung freigegebenen Entwurf der Rechtsnorm einschließlich des Vorblatts mit der Darstellung des Erfüllungsaufwands und einschließlich des Kostenblatts,
- b) soweit eine Ressortabstimmung nicht stattfindet, den Entwurf einer Rechtsnorm und eine Darstellung des Erfüllungsaufwands zum Zeitpunkt der Einleitung der rechtsförmlichen Prüfung.

(6) Die Landesregierung oder der Landtag können dem Thüringer Normenkontrollrat bereits bestehende Gesetze und von der Landesregierung erlassene Rechtsverordnungen zur Prüfung vorlegen; der Staatskanzlei und den Ministerien steht dieses Recht für die von ihnen erlassenen Rechtsverordnungen zu. Absatz 3 gilt in diesen Fällen nicht.

(7) Der Thüringer Normenkontrollrat kann im Rahmen der in § 2 Abs. 3 Satz 2 beschriebenen Einzelfallprüfung auch aus eigener Initiative für bereits bestehende Landesgesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften eine Begutachtung durchführen und dafür, wenn notwendig, die Landesregierung ersuchen, den Erfüllungsaufwand zu erfassen. Bei Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, die von einem Ressort oder mehreren Ressorts erlassen wurden, ist das Ersuchen an dieses Ressort beziehungsweise diese Ressorts zu richten. Die Ablehnung des Ersuchens ist zu begründen. Wird das Ersuchen nicht abgelehnt, stellt das federführende Ressort den Erfüllungsaufwand in angemessener Frist dar. Der Thüringer Normenkontrollrat prüft die Darstellung des Er-

füllungsaufwands und teilt das Ergebnis der Prüfung mit.
§ 1 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend.

(8) Einzelheiten zur Beteiligung des Thüringer Normenkontrollrats und zur Ermittlung des Erfüllungsaufwands werden durch Verwaltungsvorschrift der Landesregierung geregelt.

§ 5

Befugnisse des Thüringer Normenkontrollrats

- (1) Der Thüringer Normenkontrollrat ist berechtigt,
1. in dem für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang Anhörungen durchzuführen und Gutachten in Auftrag zu geben sowie
 2. der Landesregierung Sonderberichte vorzulegen und
 3. geplante Regeln vor deren Inkrafttreten mit ausgewählten Akteuren zu erproben und auszuwerten.

(2) Die Behörden des Freistaats Thüringen leisten dem Thüringer Normenkontrollrat Amtshilfe. Dazu gehört auch die Übermittlung von Informationen, die für die Arbeit des Thüringer Normenkontrollrats benötigt werden. Dabei werden daten- und geheimenschutzrechtliche Vorschriften beachtet.

(3) Der Thüringer Normenkontrollrat kann im Rahmen seines Arbeitsauftrags die Kooperation mit anderen Normenkontrollräten und vergleichbaren Einrichtungen des Bundes und der Länder suchen. In diesem Rahmen können auch Austauschtreffen stattfinden und gemeinsame Stellungnahmen entstehen, wo sich dies anbietet.

§ 6

Pflichten des Thüringer Normenkontrollrats

(1) Der Thüringer Normenkontrollrat gibt seine Stellungnahmen nicht öffentlich ab. Gutachtenaufträge und Anhörungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 sowie deren Ergebnisse sind ebenfalls nicht öffentlich zu behandeln.

(2) Der Thüringer Normenkontrollrat erstattet der Landesregierung jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit. Er kann diesem und den Sonderberichten nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 Empfehlungen beifügen. Die Landesregierung leitet die Berichte dem Landtag als Unterrichtung zu.

(3) Der Thüringer Normenkontrollrat steht den Ministerien sowie den federführenden und den mitberatenden Ausschüssen des Landtags zur Beratung zur Verfügung.

§ 7

Pflichten der Landesregierung

(1) Die Stellungnahmen des Thüringer Normenkontrollrats zu Gesetzentwürfen und die Gegenäußerungen der Landesregierung dazu werden den Gesetzentwürfen bei ihrer Einbringung in den Landtag beigelegt. Folgt die Landesregierung einer Empfehlung des Thüringer Normenkontrollrats nicht, so hat sie dies in der Gegenäußerung zu begründen.

(2) Die Landesregierung erstattet dem Landtag jährlich einen Bericht über den Stand des Bürokratieabbaus und ihre Maßnahmen zur Bürokratievermeidung, zum Bürokratieabbau und zur besseren Rechtsetzung.

(3) Die Landesregierung ist verpflichtet, den Thüringer Normenkontrollrat finanziell, personell und sächlich dauerhaft und auskömmlich auszustatten, sodass dieser seine Aufgaben uneingeschränkt erfüllen kann. Dazu hat die Landesregierung die jährlich notwendigen Mittel in den Haushalt einzuplanen.

§ 8 Evaluation

Zwölf Monate vor dem Ende der regulären Amtszeit der ersten berufenen Mitglieder prüft die Landesregierung, ob sich die Einsetzung des Thüringer Normenkontrollrats im Hinblick auf die Erfüllung der in § 1 Abs. 2 und 3 benannten Aufgaben bewährt hat. Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Landtag vor dem Ende der regulären Amtszeit der ersten berufenen Mitglieder zu berichten.

§ 9 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung:

Im Haushalt 2021 stehen Mittel zur Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrats bereit. Die Achtung des Haushaltsgesetzgebers gebietet es, diese Maßnahme folgerichtig auch im Jahr 2021 umzusetzen.

Der Impuls zur Einrichtung stammt aus dem Antrag der Fraktion der CDU "Neue Wege aus der Corona-Krise gehen - Thüringen von bürokratischen Hürden befreien". Darin heißt es: Zur Identifizierung und Beseitigung entbehrlichen bürokratischen Erfüllungsaufwands soll die Initiative "Schlanke Verwaltung" ins Leben gerufen werden, die sich an den Aufgaben des Normenkontrollrats des Bundes orientiert. Für diese Initiative und in einem Thüringer Normenkontrollrat sollen sich unterschiedliche Experten versammeln, die die Landesregierung in Fragen der Bürokratievermeidung beraten. Die Experten sollen durch die Kammern der Wirtschaft, die kommunalen Spitzenverbände und den Landtag benannt werden.

Das Expertengremium soll Möglichkeiten aufzeigen, wie sich der Erfüllungsaufwand durch Änderungen oder Streichungen von Richtlinien, Rechtsverordnungen und Gesetzen, für die Thüringen rechtlich zuständig und verantwortlich ist, reduzieren lässt. Ziel ist, den Erfüllungsaufwand der Wirtschaft zu reduzieren, so dass die Unternehmen Zeit und Geld vor allem in ihre Zukunftsfähigkeit investieren können, zum Beispiel in Innovationen, Verbesserung der Betriebsabläufe sowie in die Arbeitsplatzgestaltung. Entsprechend kann ein schlanker Staat sich mehr auf seine Kernkompetenzen konzentrieren und so effektiver zur Verbesserung des Gemeinwohls beitragen.

Der nun vorgelegte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU wurde notwendig, da sich das Jahr 2021 dem Ende zuneigt und mit Stand September immer noch kein Gesetzentwurf der Landesregierung, trotz mehrfacher Ankündigung, vorliegt.

Der nun vorgelegte Entwurf geht über die bisher bestehenden Entwürfe hinaus. Besonders hervorzuheben sind die höhere demokratische Legitimation, die sich aus der vorgesehenen Wahl durch den Landtag ergibt, das verbesserte Eigeninitiativrecht des Gremiums sowie die explizite Regelung der Kooperation mit anderen, vergleichbaren Einrichtungen bundesweit.

Für die Fraktion:

Prof. Dr. Voigt

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Liberaler Mittelstand Landesverband Thüringen e.V.
DEHOGA Thüringen
Handelsverband Thüringen
Die Familienunternehmer e.V.
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Hochschule Nordhausen Prof. Dr. Zahradnik
Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Sächsischer Normenkontrollrat
Nationaler Normenkontrollrat
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern
LfB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.
ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Bund der Steuerzahler Thüringen e.V.
Wirtschaftsjunioren Thüringen e.V.
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.
Bau- Industrieverband Hessen-Thüringen e.V.
Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung
OSE Germany e.V.
DGB Hessen-Thüringen
Verbraucherzentrale Thüringen
NKR Baden-Württemberg
Bundesverband mittelständischer Wirtschaft e.V.
Thüringer Bauernverband e.V.
Leuphana Universität Lüneburg Competition & Regulation

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Ciberaler Mittelstand Thüringen e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Landesgeschäftsstelle</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Liebknechtstraße 16a</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99085 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Ciberaler Mittelstand Thüringen e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Landesgeschäftsstelle</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Liebknechtstraße 16a</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
		<i>Ciberaler Mittelstand Thüringen e.V.</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Landesgeschäftsstelle</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Liebknechtstraße 16a</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>										
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	Vertretung der Interessen der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	Grundsätzlich ist die Einführung eines Bürokratie - Kontrollgremiums nicht sinnvoll. Der vorgelegte GE sollte sich allerdings mehr am Bundesgesetz des Nationalen Normenkontrollrates orientieren und so juristische Fiktionen vermeiden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 13.01.2022	

THÜR. LANDTAG POST
13.01.2022 08:42

Landesgeschäftsstelle
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt

LM Landesverband Thüringen e.V., Liebknechtstraße 16a, 99085 Erfurt

836/2022

Tel.: 0361 3456473
vorstand@libmlt-lv-thueringen.de
www.lm-thueringen.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1638

Erfurt, 13.01.2022

zu Drs. 7/4084NF

**Stellungnahme zur Anhörung des Gesetzentwurf der CDU Fraktion im Thüringer Landtag
zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission auf Drucksache 7/4084**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit diesem Schreiben übersende ich Ihnen die Stellungnahme des liberalen Mittelstandes Thüringen zum oben genannten Gesetzentwurf und stehe Ihnen für die Anhörung zur Verfügung. Weiteres entnehmen Sie bitte den von Ihnen angeforderten Anlagen.

Mit besten Grüßen

Stellvertretender Landesvorsitzende



Liberaler Mittelstand Landesverband Thüringen e.V.

Stellungnahme

Der liberale Mittelstand Thüringen bedankt sich für die Möglichkeit, zum Gesetzentwurf der CDU Fraktion im Thüringer Landtag zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission auf Drucksache 7/4084 Stellung nehmen zu können.

1. Allgemeine Bewertung

Der liberale Mittelstand Thüringen begrüßt die Schaffung eines Bürokratie-Kontrollrates nach Vorbild des Nationalen Normenkontrollrates und vergleichbarer Gremien in anderen Bundesländern ausdrücklich. Ein solches Gremium bringt das Potenzial mit sich, Bürokratieabbau und eine bessere Rechtssetzung auf Landesebene voranzubringen. Ein funktionierender und bürgerfreundlicher Staat bildet aus Sicht des liberalen Mittelstandes Thüringen neben der Grundlage des guten Zusammenlebens auch ein wirksames Mittel gegen Populismus und Extremismus.

Aus diesem Grund muss zwingend darauf geachtet werden, den Bürokratie-Kontrollrat mit ausreichenden finanziellen und personellen Mittel auszustatten, um eine effektive Arbeit zu gewährleisten.

2. Bewertung einzelner Punkte

§2 (3)

Die Bestimmung: „Weiter kann der Thüringer Normenkontrollrat im Rahmen des Auftrags der "besseren Rechtsetzung" die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regel, [...] betrachten und überprüfen, ob es für den Normadressaten eine einfachere Form des Vollzugs gibt.“ steht zum Teil im Widerspruch mit der §1(4) und sollte zur Vermeidung weiterer Missverständnisse konkretisiert werden.

§2 (4)

Die Bestimmung ist zu begrüßen, jedoch sollte eine Erweiterung erfolgen, welche die Anwendbarkeit und möglichst einfache Benutzung digitaler Möglichkeiten von Bearbeitung und Kommunikation mit einschließt. Ebenso ließe sich an dieser Stelle auch die gesetzliche Grundlage für die Aufgabenzuteilung als Thüringer Formularkonferenz einfügen.

§3 (3) und (4)

Eine zu starre Bestimmung der Mitglieder des Bürokratie-Kontrollrates ist aus Sicht des liberalen Mittelstandes Thüringen wenig zielführend. Grundlegend ist eine wirtschafts- und praxisnahe Besetzung des Gremiums für dessen Erfolg unausweichlich und wird klar befürwortet. Jedoch birgt die wie im GE vorgesehene Branchenquotierung die Gefahr, dass bestimmte wirtschaftsnahe Gruppierungen ausgeschlossen werden oder neue Elemente weniger Beachtung finden und so Innovationen im Bürokratieabbau möglicherweise sogar gehemmt werden.

Die Regelung zur Mindestanzahl weiblicher Mitglieder ist von dieser Kritik nicht berührt.

§3 (11)

Wie in der als Vorbild dienenden Gesetzgebung des Bundes zum Nationalen Normenkontrollrat ist auch hier ein Passus zur ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung des Thüringer Bürokratie-Kontrollrates einzuführen, um selbiges gesetzlich zu gewährleisten. Ebenso sind Mitbestimmungsrechte des Bürokratie-Kontrollrates bei der Personalbesetzung einzuräumen.

§4 (1) Nr.2

Der liberale Mittelstand Thüringen regt an, die Regelung zu begrenzen und nur unter bestimmten Umständen eine Prüfung von Gesetzentwürfen aus der Mitte des Landtages hin zu veranlassen. Es kann nicht Aufgabe des Bürokratie-Kontrollrates sein, per se Aufgaben der im Landtag vertretenden Fraktionen und Gruppen auf Kosten des Steuerzahlers zu übernehmen und das Gremium im Zweifelsfall zu überlasten oder zu politisieren.

§ 6 und 7

Der liberale Mittelstand Thüringen rät eine dringende Überarbeitung der beiden Paragraphen an, insbesondere im Bereich der Veröffentlichung von Gutachten des Bürokratie-Kontrollrates. Es sollte §7 (1) Satz 1 verschoben und nach §6 (1) Satz 1 gestellt werden, um die Veröffentlichung von Bestimmungen des Rates juristisch besser zu legitimieren. Diesem Vorbild geht auch der Bund in seiner Rechtssetzung zum nationalen Normenkontrollrat. Des Weiteren kann es aus Sicht des liberalen Mittelstandes Thüringen sinnvoll sein, den Jahresbericht des Bürokratie-Kontrollrates (§6 (2)) alle zwei Jahre anzufordern, wenn dadurch mehr wirklicher Bürokratieabbau im Land stattfinden kann.

3. Weiterführende Hinweise

Um die Wirksamkeit des Bürokratie-Kontrollrates in Thüringen weiter zu stärken regt der liberale Mittelstand Thüringen an, in Anlehnung an die Gesetzgebung des Bundes auch einen Verträglichkeitstest von Regelungen mit den Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Dieser KMU-Test soll die Bedürfnisse dieser Betriebe widerspiegeln, welche den Großteil der Thüringer Wirtschaft abbilden und auch deren Stellenwert verdeutlichen.

Zusätzlich zu den im GE dargelegten Aufgaben sollte der Bürokratie-Kontrollrat auch die Funktion einer Thüringer Formularkonferenz ausführen. Bei Formularkonferenzen werden unter anderem die Lesbarkeit, Verständlichkeit und Zielführung von Formularen der öffentlichen Verwaltung kontrolliert und verbessert. Eine solche Kompetenz würde für den liberalen Mittelstand Thüringen die Vollumfänglichkeit des Bürokratie-Kontrollrates erhöhen. Denkbar wäre hierzu auch eine Verbindung mit dem Petitionsausschuss des Thüringer Landtages, um einen anerkannten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger des Landes vorzuweisen. Die Prüfungen von Gesetzentwürfen durch den Bürokratie-Kontrollrat dürfen nicht zu einer Verzögerung im Gesetzgebungsprozess führen. Diese sind prinzipiell zu beschleunigen, um mit den realen Entwicklungen Schritt zu halten. Aus diesem Grund sollte die Möglichkeit einer Prüfung bereits vor dem Kabinettsbeschluss erwogen werden. Selbigen Weg geht der Bundesgesetzgeber im Umgang mit dem Nationalen Normenkontrollrat.

4909/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>DEHOGA Thüringen</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wilhelmstr. Weg 3</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DEHOGA Thüringen	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wilhelmstr. Weg 3	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	DEHOGA Thüringen	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wilhelmstr. Weg 3									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Vorname</th> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfeld, 17.2.22	

> DEHOGA THÜRINGEN e.V. | Witterdaer Weg 3 | 99092 Erfurt
Fon (03 61) 59 07 80 | Fax (03 61) 59 07 81 0
info@dehoga-thueringen.de | www.dehoga-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
14.01.2022 10:22

10/17/2022



DEHOGA Thüringen e.V. | Witterdaer Weg 3 | 99092 Erfurt
Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 13.01.2022

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – Thür ABKG)
Hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Forelle,

in vorstehender Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 29.12.2021.

Der DEHOGA Thüringen e. V. unterstützt grundsätzlich das obige Gesetzesvorhaben, um bürokratische Belastungen im Freistaat Thüringen abzubauen und den finanziellen und zeitlichen Aufwand für die Unternehmen, insbesondere im Thüringer Gastgewerbe auf das Notwendige zu beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

Anlage: Formblatt Anlage 2

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG)
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/4084 Neufassung -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
------	-------------------

HANDIELS VIER BÜRO
THÜRINGEN

EV

Geschäfts- oder Dienstadresse

Falkenh. 74
99074 E. J. 1

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
------	---------

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse ☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Arbeitsgemeinschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir möchten befrachten nimmvolle Schritte zum Bundesministerium.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Ur
Frankfurt, 13.01.2021	

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1642

zu Drs. 7/4084NF

THÜR. LANDTAG POST
13.01.2022 14:59

947/2022



Handelsverband
Thüringen
HVT

Handelsverband Thüringen, Futterstraße 14, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fusch-Straße 1
99096 Erfurt

Futterstraße 14
99084 Erfurt

Per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom



Datum

13. Januar 2021

Stellungnahme Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG) in Drucksache 7/4084 Neufassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Den Mitgliedern des
AfEKM**

**Den Mitgliedern des
AfWWDG**

zunächst einmal möchten wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken.

Wir begrüßen grundsätzlich jeden Schritt der zur Entbürokratisierung führt und damit die Abläufe der Unternehmen erleichtert. Gerade für die Teile des Handels die schwer von der Pandemie betroffen sind besteht ein besonderer Handlungsbedarf, da dort jegliche zusätzliche Belastung oder umgekehrt die Möglichkeiten der Entlastung eine große Rolle spielen.

Bürokratielasten bestehen beispielhaft bei der Antragstellung zur Sonntagsöffnung, den Erfassungsregelungen im Mindestlohnbereich, Berichtspflichten in diversen steuerlichen Fragen, etc.

Wir möchten hier nicht weiter aufs Detail eingehen, da unseres Erachtens die Aspekte oder Auswirkungen der jeweiligen konkreten Landesgesetze zu bewerten sind.

Der Handel

Alles fürs Leben

Wir sind der Meinung, dass die mündliche Stellungnahme insoweit im Landtagsausschuss durch den Spitzenverband der Arbeitgeber, dem VWT, gewährleistet ist und wir daher darauf verzichten können.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Die Familienunternehmen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>In der Aue 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99185 Waldleben</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Die Familienunternehmen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	In der Aue 2	Postleitzahl, Ort	99185 Waldleben
Name	Organisationsform										
Die Familienunternehmen	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	In der Aue 2										
Postleitzahl, Ort	99185 Waldleben										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführerin & Familienunternehmerin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Anlage	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	U
Waldklee, 17.01.2022	/

Unsere Hauptforderungen sind:

- die Prüfung bestehender Gesetze, da im Bestand ein hohes Maß an bürokratischen Vorgängen existiert. Diese Prüfung darf nicht nur im Einzelfall geschehen, sondern muss Regelfall werden.
Hier habe ich Ihr Beispiel des Vergabegesetzes aufgegriffen und einen Platzhalter (in Gelb) eingebaut, falls Sie Ihren eigenen Erfüllungsaufwand noch einbringen möchten.
- eine frühzeitige Einbeziehung des Normenkontrollrats. Diesem müssen mindestens vier Wochen für die Prüfung eingeräumt werden
- Zu den Pflichten des Normenkontrollrats: Dieser muss zum einen Anstoß geben können, dass ein bestehendes Gesetz geprüft wird. Zum anderen müssen gravierende Einwände des Normenkontrollrats auch eine Neubefassung der Landesregierung/des Landtags mit dem Gesetz bzw. der Verordnung zur Folge haben.
- die Besonderheiten eigentümergeführter Unternehmen muss sich auch in der Zusammensetzung des Normenkontrollrates oder eines Bündnis für eine moderne Verwaltung wiederfinden.

STELLUNGNAHME 1289/2022

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion des Thüringer Landtags zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)

Vorbemerkung

Die kontinuierlich zunehmende Bürokratie stellt sowohl für Unternehmen als auch für die öffentliche Verwaltung eine fortwährende Belastung dar. Zeit- und geldintensive Meldepflichten und Prozesse binden personelle Ressourcen, die stattdessen in die Zukunftsfähigkeit Thüringens gesteckt werden könnten. Doch nur, wenn die gesetzlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen es erlauben, können kleine und mittelständische Unternehmen ihre Innovationskraft produktiv einsetzen. Mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels gewinnt die Festlegung zukunftsfähiger Marktvoraussetzungen insbesondere für eigentümergeführte Unternehmen daher umso mehr an Bedeutung und sollte von zeitintensiver überbordender Bürokratie entlastet werden.

Doch nicht nur die Wirtschaft würde von einem konsequenten Bürokratieabbau profitieren. Auch der Kontrollaufwand der öffentlichen Hand könnte deutlich reduziert werden. Alle Bürger und ganz besonders die Wirtschaft brauchen vor Ort einen modernen Staat, der freigesetzte Ressourcen für seine Kernkompetenzen nutzen kann. Dies ist ein Schlüsselement, um die Attraktivität des Standorts Thüringen zu stärken. Zur Identifizierung und Beseitigung entbehrlicher bürokratischer Hürden und Meldepflichten ist der Blick aus der Praxis hier ein wichtiger Baustein. DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen befürworten daher den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Normenkontrollrats aus Wirtschaftsvertretern, der Maßnahmen zur Bürokratievermeidung für neue und bestehende Gesetze und Verordnungen erarbeitet.

Position zum Antrag

Zu §1 (Einsetzung eines Thüringer Normenkontrollrats): DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen begrüßen die Einrichtung einer Expertenkommission aus Wirtschaftsvertretern mit dem Ziel, Bürokratie bei zukünftigen – aber auch bestehenden – Gesetzen und Verordnungen zu vermeiden bzw. abzubauen. Die zügige Definition eines Verfahrens für einen rechtssicheren Bürokratieabbau ist zwingend nötig, um Thüringens Innovationskraft zu entfesseln und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, die durch kleine und mittelständische Betriebe geprägt ist, zu stärken.

Ziel seiner Vorschläge muss zum einen die Verwaltungsvereinfachung und Reduzierung des Erfüllungsaufwands neuer Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung sein. DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen fordern ergänzend dazu, auch die im Gesetzentwurf genannten sonstigen Kosten der Wirtschaft näher zu definieren und dem Normenkontrollrat einzuräumen, auch eine Gesetzesfolgenabschätzung auf die Wettbewerbssituation der Unternehmen und Arbeitsplätze in die Empfehlungen mit aufzunehmen.

STELLUNGNAHME

Zu §2 (Begriffsbestimmungen und Arbeitsweise): Um den Aufbau unnötiger Bürokratie zu vermeiden, müssen Gesetze auf ihre grundsätzliche Notwendigkeit und Befristung geprüft werden. Der Gesetzentwurf trägt hierzu entscheidend bei. Dabei räumt er dem Thüringer Normenkontrollrat auch die nötige Flexibilität ein, eigene Verfahren zur Messung der Bürokratiekosten einzusetzen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen befürworten auch die zentrale Aufgabe des Normenkontrollrates, die Möglichkeiten der elektronischen beziehungsweise digitalen Bearbeitung zu prüfen. Angesichts der steigenden Herausforderungen in der Verwaltungsdigitalisierung setzen die Familienunternehmer sich jedoch unabhängig von dem vorliegenden Gesetzentwurf dafür ein, einen Digitalisierungs-Check für sämtliche neue Regelungen auf den Weg zu bringen – auch solchen, bei denen der Normenkontrollrat nach vorgesehener Fassung nicht tätig wird.

Zu §3 (Zusammensetzung und Organisation des Thüringer Normenkontrollrates): Im Laufe einer Legislaturperiode können sich neue Voraussetzungen ergeben, die mehr Flexibilität in der Zusammensetzung des Normenkontrollrates notwendig machen und eine Abbildung der Pluralität der Thüringer Unternehmerschaft sicherstellen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen raten deshalb dringend davon ab, die genaue Zusammensetzung des Normenkontrollrates im Gesetz zu verankern und so eine Festlegung auf wenige Interessensvertreter vorzunehmen. Dennoch muss sichergestellt werden, dass der Normenkontrollrat aus Vertretern besteht, die in der Praxis von den Regelungen betroffen sind und den bürokratischen Erfüllungsaufwand einschätzen können und leisten müssen. Der Normenkontrollrat sollte daher in erster Linie aus Praktikern der Wirtschaft bestehen. Dabei begrüßen wir auch die Anbindung des Normenkontrollrats an die Staatskanzlei, die der Bedeutung des Themas gerecht wird. Entscheidend wird hierbei sein, dass diese Bedeutung bei der Umsetzung der Empfehlungen auch dementsprechend ins Gewicht fällt.

Zu §4 (Bereiche des Prüfungsrechts): Aus Sicht der Familienunternehmer ist eine frühzeitige Einbeziehung des Normenkontrollrats bei neuen Regelungen durch das federführende Ressort zwingend notwendig. Hierfür müssen im Gesetzestext jedoch Rahmenbedingungen und Fristen festgelegt werden über den Ablauf des Prüfungsverfahrens. Um eine frühzeitige Einbeziehung sicherzustellen, muss dem Normenkontrollrat für eine Untersuchung neuer Regelungen dabei mindestens vier Wochen Zeit eingeräumt werden.

Auch bei bestehenden Gesetzes braucht es klare Verfahrenslinien. Eine Prüfung bereits bestehender Gesetze muss durch Anstoß des Normenkontrollrats in Betracht gezogen werden. Praktiker aus der Wirtschaft können hier die entscheidenden Impulse geben, wo im Bestand der Vielzahl an Gesetzen, Verordnungen und Erlassen Handlungsbedarf besteht. Hier ist aus Sicht der Familienunternehmer hervorzuheben, dass jedes Gesetz, das entbehrliche Bürokratie für die Wirtschaft verursacht, auf den Prüfstand gehört – nicht nur im Einzelfall.

STELLUNGNAHME

Denn am Beispiel des derzeitigen Tariftreue- und Vergabegesetzes in Thüringen wird das hohe Maß an Bürokratie im Bestand deutlich: Mit der in der Vergangenheit erfolgten Einführung vergabefremder Kriterien ist der bürokratische Aufwand gerade für mittelständische Betriebe in Thüringen erheblich gestiegen und eine Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen zunehmend unwirtschaftlich geworden. Im Ergebnis werden Aufträge an Firmen außerhalb Thüringens vergeben, die sich auf die Komplexität der Vergabeverfahren spezialisiert haben. Ein Normenkontrollrat muss solche Probleme aus der Praxis aufnehmen und Maßnahmen erörtern können, welche zur Anpassung bestehender Gesetze durch die Landesregierung führen.

Zu §7 (Pflichten des Thüringer Normenkontrollrats): DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen begrüßen die im Gesetzentwurf beschriebene Erstellung eines jährlichen Berichts der Landesregierung über den Stand des Bürokratieabbaus und der Maßnahmen zur Bürokratievermeidung. Richtigerweise müssen die Stellungnahmen des Thüringer Normenkontrollrats auch bei der Einbringung in den Landtag von Gesetzentwürfen beigelegt werden. Um eine Umsetzung der praxisorientierten Empfehlungen sicherzustellen, braucht es zum einen eine frühzeitige Einbeziehung. Gleichzeitig müssen schweren Bedenken des Normenkontrollrats gegen einen Gesetzentwurf jedoch unter Wahrung der demokratischen Verfahren auch eine erneute Beratung zur Folge haben. Aus Sicht der Familienunternehmer reicht eine Gegenäußerung der Landesregierung hier nicht aus, sondern es braucht eine substantielle Neubefassung, wenn der Normenkontrollrat gravierende Bedenken äußert.

Schlussbemerkung

Die Forderung nach einem Normenkontrollrat, wie er in Baden-Württemberg und Sachsen implementiert wurde, wird von den Familienunternehmern in Thüringen bereits seit langem geäußert. Den Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion befürworten wir daher ausdrücklich. Thüringen braucht ein Bündnis für eine moderne Verwaltung, um den Standort im nationalen und internationalen Wettbewerb zu stärken und bürokratische Regelungen im Bestand zu reduzieren. Auch die Besonderheiten der vielen eigentümergeführten Unternehmen müssen in einem solchen Expertenbündnis ein entsprechendes Gewicht erhalten. Damit neue und bestehende Vorgaben des Gesetzgebers insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe umsetzbar bleiben, muss eine realistische Kostenabschätzung frühzeitig erfolgen und realitätsnahe Empfehlungen zu den Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, den Verwaltungsaufwand und die Arbeitsplätze ausgesprochen werden.

Jedoch gilt: Empfehlungen allein bringen keine Entlastungen. Die konsequente Umsetzung muss von der Politik vorangetrieben und entsprechende Fristen verankert werden. Um Empfehlungen auszusprechen, welche die Pluralität der Unternehmerschaft widerspiegeln und insbesondere die Bedeutung eigentümergeführter Unternehmen unterstreichen, ist eine breite und flexible Zusammensetzung des Normenkontrollrats zudem unverzichtbar. Die im Entwurf vorgeschlagene einseitige Festlegung auf wenige Verbände läuft diesem Ziel zuwider. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Expertenkommission aus Vertretern der Wirtschaft besteht, die unmittelbar durch bürokratische Hürden betroffen werden und daher praxisorientierte Maßnahmen erarbeiten können. DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen fordern die Landesregierung daher auf, den Gesetzentwurf anzunehmen und vorab in diesen Punkten anzupassen.

STELLUNGNAHME

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

Kontakt

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen

Diese Broschüre ist ein Produkt von

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

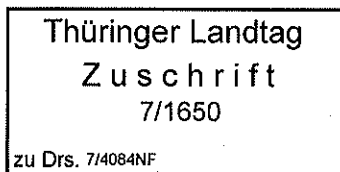
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Institut der deutschen Wirtschaft Köln	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 10 19 42 / Konrad-Adenauer-Ufer 21
	Postleitzahl, Ort	50668 Köln
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Wissenschaftliche Forschung und Beratung in volkswirtschaftlichen Fragen, pers. Schwerpunkt im Bereich Mittelstand, Regionalentwicklung, Digitalisierung und Bürokratieabbau	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Während auf Bundesebene die Bürokratiekontrolle über die Verwendung des Standardkostenmodells und die Einsetzung eines Normenkontrollrates seit 2006 systematisch verbessert wurde, sind die Regelungen auf Landesebene sehr unterschiedlich. Die meisten Länder verfügen über Mittelstandsgesetze, die das Thema Bürokratie zumindest ansprechen. Über eine Kontrollinstanz verfügen aber nicht alle Bundesländer, so dass keine systematische Überprüfung der Landesgesetzgebung erfolgt. Eine solche erscheint jedoch notwendig, weshalb die Einsetzung einer Anti-Bürokratiekommission in Gestalt einer Normenprüfstelle für neue (und, soweit kapazitätsmäßig machbar, auch bestehende) Gesetze und Verordnungen positiv zu bewerten ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail Stellungnahme per E-Mail zugesandt. <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 18.1.2022	



THÜR. LANDTAG POST
18.01.2022 11:39

1301/2022

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bü- rokratiekommission

Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft zum Gesetzesentwurf der
Fraktion der CDU

Thüringer Landtag

Köln, 18.01.2022

Stellungnahme

**Herausgeber**

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Facebook

[@IWKoeln](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autor

Senior Economist

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

Stand:

Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Die Reduktion der Bürokratiebelastung als Daueraufgabe	4
2 Eine Normenkontrollstelle als wirkungsvolle Anti-Bürokratiekommission.....	4
3 Der Bürokratieabbau in den Bundesländern	5
Weiterführende Literatur	8
Tabellenverzeichnis.....	9

Zusammenfassung

Der Abbau von staatlicher Bürokratie stellt angesichts wachsender regulatorischer Anforderungen in praktisch allen Gesetzesbereichen – beispielsweise im Umweltrecht, im Sozial- und Arbeitsrecht und in der zivilgesellschaftlichen Beteiligung – eine Daueraufgabe dar. Eine gute Gesetzgebung mit einer effizienten und aufwandsarmen Umsetzung der politisch gewünschten Regulierungsinhalte erfordert ein systematisches Herangehen, wie es die Einrichtung eines Normenkontrollrats und die Verwendung des Standardkostenmodells zur Bürokratiekostenmessung auf Bundesebene bereits seit 2006 ermöglicht. In den Bundesländern wird bislang hingegen kein einheitlicher Ansatz zur Bürokratiekontrolle verfolgt. Während manche Länder bereits über Normenkontrollstellen verfügen, ist dies in anderen Ländern wie beispielsweise Thüringen noch nicht der Fall. Mit der Einrichtung einer Anti-Bürokratiekommission in Form eines Normenkontrollrates und der Anwendung des Standardkostenmodells zur Messung administrativ verursachter Kosten könnte Thüringen nun zur Spitzengruppe der Länder aufschließen, was den Bürokratieabbau und die Verbesserung der Gesetzgebung betrifft. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist daher positiv zu bewerten.

1 Die Reduktion der Bürokratiebelastung als Daueraufgabe

Die Reduktion der vom staatlichen Handeln ausgehenden bürokratischen Belastungen für Bürger und Unternehmen stellt eine Daueraufgabe dar, wie Umfragen in der Wirtschaft und der Bevölkerung belegen. Eine weiter zunehmende Regulierungsdichte etwa im Umweltrecht, in der Sozialgesetzgebung und im Datenschutz erhöht die Dringlichkeit, diese Regulierungen so effizient wie möglich umzusetzen. Auf Bundesebene sind hierzu bereits vor 15 Jahren Maßnahmen zur Normenkontrolle ergriffen worden. Demgegenüber ist der Bürokratieabbau auf Ebene der Bundesländer bislang sehr uneinheitlich geregelt. Während einige Bundesländer ein sehr ausgefeiltes System der Kontrolle der bürokratischen Normen auf Landesebene entwickelt haben, ist dies in anderen Ländern noch nicht der Fall (s. u.).

Die Einsetzung eines Kontrollrates für die Normen der Landesgesetzgebung erscheint in diesem Zusammenhang eine wichtige Maßnahme zur Vermeidung unnötiger administrativer Lasten für Unternehmen und Bürger, ohne die Regulierungsinhalte infrage zu stellen. Auf Bundesebene hat der Nationale Normenkontrollrat NKR seit seiner Einsetzung 2006 wichtige Anregungen zur Reduktion bürokratischer Belastungen geben können und in den ersten sieben Jahren seiner Tätigkeit zum Staatsziel einer 25-prozentigen Reduktion der Kosten aus der Umsetzung administrativer staatlicher Auflagen in der Wirtschaft beigetragen. Seither wurde bei den administrativen Kosten zumindest ein erneuter deutlicher Anstieg verhindert.

2 Eine Normenkontrollstelle als wirkungsvolle Anti-Bürokratiekommission

Die Einrichtung der Normenkontrollstelle als unabhängige Institution, aber mit organisatorischer Anbindung an die Staatskanzlei ist zu befürworten, da sie sich am erfolgreichen Modell des NKR mit Anbindung an das Bundeskanzleramt (bis Ende 2021) orientiert.¹ Eine institutionelle Bindung an ein Landesministerium könnte zu einer zu engen Fokussierung auf Ressortthemen und einer geringeren Wirkung bei Themen anderer Ressorts führen. Bürokratiearmut, schlanke Verwaltung und die Formulierung nicht nur für Juristen verständlicher Gesetzestexte sind aber als ganzheitliche Aufgabe anzusehen, die Bürgern, Wirtschaft und dem Staat selbst zugutekommt. Die Abschätzung des zu erwartenden Erfüllungsaufwands durch neue Gesetze und Verordnungen kann mithilfe einer ständigen Normenkontrolle unter Verwendung des auf Bundesebene etablierten Standardkostenmodells voraussichtlich deutlich verbessert werden.

Die vorgesehene Doppelfunktion des Thüringer Normenkontrollrates aus Prüfung der Gesetzgebung auf Reduktionsmöglichkeiten der administrativen Belastungen und Beratung der Regierung in Fragen einer schanken und anwenderfreundlichen Gesetzgebung ist positiv zu sehen. In diesem Kontext sollte allerdings darauf geachtet werden, dass der einzurichtende Normenkontrollrat aus sieben ehrenamtlichen Mitgliedern über ausreichend Ressourcen verfügt, um dieser Aufgabe nachzukommen. Denkbar wäre eine Verknüpfung mit einem neuen, umgewidmeten oder in seinem bisherigen Spektrum ergänzten Lehrstuhl für effiziente

¹ Nach Amtsübernahme der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP wurde die Anbindung des NKR vom Kanzleramt ins Bundesjustizministerium verlagert, was aus den o. g. Gründen als problematisch erscheint. Die Wirksamkeit der ausgeübten Kontrolle könnte möglicherweise hierunter leiden.

Verwaltung und Bürokratieabbau an einer Thüringer Universität oder Hochschule, um eine wissenschaftliche Basis der Untersuchungen und Empfehlungen herzustellen und ausreichende personelle Ressourcen über die ehrenamtliche Tätigkeit hinaus gewährleisten zu können.

Dem 2011 beschlossenen Thüringer Gesetz zur Förderung und Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Freien Berufe zufolge sollen neue Verwaltungsvorschriften, Verordnungen und Gesetze auf die von ihnen ausgehenden Belastungen für den Mittelstand hin untersucht werden. Dies findet derzeit aber offenbar nicht in systematischer Form statt, was die Bedeutung der Einrichtung einer Thüringer Normenprüfstelle, die diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem Parlament übernimmt, unterstreicht.

3 Der Bürokratieabbau in den Bundesländern

Nachfolgend wird ein kurzer tabellarischer Überblick über die Bürokratiekontroll- und Bürokratieabbaumaßnahmen der Bundesländer gegeben, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf Länderebene in kompakter Form darzustellen. Während alle Bundesländer außer Berlin über Mittelstandsentlastungs- oder -förderungsgesetze verfügen, stellen die Einrichtung einer Normenkontrollstelle kombiniert mit der Anwendung des Standardkostenmodells bislang noch eine Ausnahme dar. Vorreiter bei diesen beiden Instrumenten sind Baden-Württemberg, Brandenburg, und Hessen. Häufiger ist eine Stelle zur systematischen Normenprüfung, über die auch das Saarland, Sachsen sowie Schleswig-Holstein verfügen; in Bayern findet ebenfalls eine zentrale Normenprüfung statt. Clearingstellen als Ansprechpartner für den Mittelstand gibt es in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Hamburg verfügt über einen „Bürokratie-TÜV“, der vom „Bündnis für den Mittelstand“ aus Kammern, Verbänden und dem Senat der Hansestadt vorgenommen wird.

Die Länderübersicht zeigt Best-Practice-Bespiele aus den Bundesländern, an denen sich die bislang noch nicht entsprechend ausgestatteten Länder orientieren können. Thüringen würde mit der Einführung eines Normenkontrollrats und Anwendung des Standardkostenmodells in der Bürokratiebegrenzung zur Länder-Spitzengruppe aufschließen; der Gesetzesentwurf ist daher positiv zu bewerten.

Tabelle 1: Bürokratieabbau: Institutionen, Gesetze und Maßnahmen der 16 Bundesländer

Land	Institutionalisierter Bürokratieabbau / Maßnahmen	Mittelstandsgesetz	Federführende Instanz
Baden-Württemberg	Normenkontrollrat BW; Regierungsprogramm zur Bürokratievermeidung, Standardkostenmodell	Gesetz zur Mittelstandsförderung vom 19.12.2000	Staatsministerium; Beratung der Landesregierung durch den Normenkontrollrat BW
Bayern	Zentrale Normprüfstelle, Sunset-Regeln, Paragraphenbremse, Praxis-Check, Beauftragter für Bürokratieabbau	Gesetz über die Förderung der mittelständischen Unternehmen sowie der Freien Berufe (Mittelstandsförderungsgesetz – MfG) vom 20.12.2007	Bayerische Staatsregierung, Beauftragter für Normenprüfung
Berlin	Keine Normenkontrolle; neues Ausschreibungs- und Vergabegesetz 2021	Kein Mittelstandsgesetz	Senatswirtschaftsverwaltung
Brandenburg	Standarderprobungsgesetz (BbgStEG), zentrale Normprüfstelle, Standardkostenmodell	Gesetz zur Förderung d. Mittelstandes im Land Brandenburg (BbgMFG) vom 8.5.1992	Ministerium des Innern Brandenburg, Leitstelle Bürokratieabbau
Bremen	Auslaufklausel, Entrümpelungsaktionen	Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (MFG Bremen) vom 28.3.2006	Senatskanzlei, Handelskammer Bremen, IHK Bremerhaven, Arbeitnehmerkammer Bremen
Hamburg	Zentrale Veröffentlichungsplattform, Einheitlicher Ansprechpartner (Handwerkskammer, Senat, weitere Partner), „Bürokratie-TÜV“	Gesetz über die Förderung der kleinen u. mittleren Unternehmen und der in der Wirtschaft tätigen freien Berufe (MFG Hamburg) vom 2.3.1977	"Bündnis für den Mittelstand" (Handwerkskammer Hamburg, Verband Freier Berufe, Senat der Freien und Hansestadt Hamburg)
Hessen	Standardkostenmodell; Evaluation v. Förderprogrammen; Arbeitsgruppe Verwaltungsvereinfachung; Gesetzesbefristung; Normprüfung	Hessisches Mittelstandsförderungsgesetz vom 18.12.2014	Hessische Staatskanzlei
Mecklenb.-Vorpommern	Kommunales Standarderprobungsgesetz	Gesetz zur Mittelstandsförderung in Mecklenburg-Vorpommern (MFG M-V) v. 22.10.2013	Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen	Stabstelle Bürokratieabbau, vereinfachtes Vergabegesetz, Onlinezugangsgesetz (E-Government), Clearingstelle zum Bürokratie-Kostenmonitoring	Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vom 30.4.1978	Wirtschaftsministerium Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen	Entfesselungspakete I-VII; Clearingstelle Mittelstand	Gesetz zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen vom 18.12.2012	Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW
Rheinland-Pfalz	In der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Landesregierung/Ministerien festgelegte Grundsätze	Mittelstandsförderungsgesetz vom 9.3.2011	Landesregierung Rheinland-Pfalz
Saarland	Kontrollrat für Bürokratiekosten, Einheitlicher Ansprechpartner, Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit	Gesetz zur Förderung d. Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft (MFG) v. 21.7.1976	Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft d. Saarlands
Sachsen-Anhalt	Vorschläge: Zeitliche Befristung von Gesetzen und Verordnungen; Einführung One-In-One-Out-Regel, KMU-Test für Gesetzgebung und Verwaltung	Mittelstandsförderungsgesetz (MFG) v. 27.6.2001	Landtag von Sachsen-Anhalt, Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt
Sachsen	Normprüfung; Rechtsbereinigungsgesetze; Sächsischer Normenkontrollrat	Mittelstandsrichtlinie vom 16.4.2018 (SächsABl. S. 558)	Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Schleswig-Holstein	Normenprüfstelle, Mittelstandsbeirat, Ausbau E-Government (elektronische Aktenführung),	Gesetz zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungsgesetz - MFG) v. 19.7.2011	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
Thüringen	Prüfung neuer Verwaltungsvorschriften, Verordnungen und Gesetze (laut nebenst. KMU-Gesetz)	Thüringer Gesetz zur Förderung u. Stärkung kleiner u. mittlerer Unternehmen und der Freien Berufe v. 18.4.2011	Thüringer Justizministerium, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

Quelle: Recherchen des Instituts der deutschen Wirtschaft auf Basis der Angaben der Bundesländer

Weiterführende Literatur

Kroker, Rolf / Bardt, Hubertus, 2016, 10 Jahre Nationaler Normenkontrollrat: Ein bewährtes Konzept zum Bürokratieabbau weiterentwickeln, IW Policy Paper, Nr. 12, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/295973/IW-policy-paper_2016-12_Normenkontrollrat.pdf [4.1.2022]

Röhl, Klaus-Heiner, 2012, Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz), <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST16-164.pdf;jsessionid=51D0D178B5177147B5A1DFD03B809E4D> [22.12.2021]

Röhl, Klaus-Heiner, 2020, Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung: Wer macht was in EU, Bund und Ländern?, IW-Policy Paper, Nr. 1, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy-Paper_2020_B%C3%BCrokratieabbau.pdf [21.12.2021]

Röhl, Klaus-Heiner / Graf, Nikolaus, 2021, Gründungsumfeld und digitale Verwaltung – Was kann Deutschland von Österreich lernen?, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Berlin, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2021/E-Government_und_Gr%C3%BCndungsumfeld_Deutschland_%C3%96sterreich.pdf [12.1.2022]

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bürokratieabbau: Institutionen, Gesetze und Maßnahmen der Bundesländer6

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

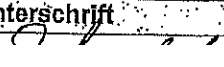
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -		
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG. Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	Prof. Dr. Zahradnik	Stefan
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Professor	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Das Vorhaben, einen Thüringer Normenkontrollrat einzurichten, das auch schon durch die im Landeshaushalt 2021 bereitgestellten Mittel deutlich wird, halte ich für geeignet, um Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung zu forcieren.</p> <p>Die Ermittlung des Erfüllungsaufwands sollte durch das Ministerium erfolgen, das den jeweiligen Gesetzentwurf erarbeitet.</p> <p>Bei der Zusammensetzung des Thüringer Normenkontrollrats sollte die Qualifikation seiner Mitglieder im Vordergrund stehen, nicht die Zugehörigkeit zu Interessengruppen.</p>	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 18.09.2022	



THÜR. LANDTAG POST

19.01.2022 07:28

1368/2022

Hochschule Nordhausen • Postfach 10 07 10 • 99727 Nordhausen
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1

18. Januar 2022

99096 Erfurt

**Den Mitgliedern des
AfEKM**

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1660

zu Drs. 7/4084NF

Stellungnahme zu Drs. 7/4084 (Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG), Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

vielen Dank für die Einladung zur mündlichen Anhörung zu dem oben genannten Gesetzesentwurf. Leider kann ich nicht persönlich teilnehmen, gebe zu dem Gesetzesentwurf aber gern eine schriftliche Stellungnahme ab.

1. Grundsätzliche Bewertung der Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrats

Die verwaltungspolitische Diskussion im Freistaat Thüringen hat sich in der Vergangenheit stark auf eine Funktional- und Gebietsreform konzentriert. So wurde anderen Ansätzen wie Prozessmanagement und Bürokratieabbau wenig Beachtung geschenkt¹. Trotz erster Erfahrungen des Landes mit der Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkosten-Modell (SKM) im Jahr 2007, als eine Studentin des Studiengangs Öffentliche Betriebswirtschaft/Public Management der Hochschule Nordhausen auf Initiative der damaligen Stabsstelle „Deregulierung, Rechtsvereinfachung, Rechtsfolgenabschätzung“ im Thüringer Justizministerium im Rahmen ihrer Abschlussarbeit die Bürokratiekosten des Thüringer Gaststättengesetzes ermittelt hatte,² wurde dieser Ansatz in Thüringen nicht weiterverfolgt. Dagegen verfolgt die Bundesregierung bereits seit 2006 das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“. Im selben Jahr wurde der Nationale Normenkontrollrat eingerichtet. Nach meiner Einschätzung sollte der Erfolg dieser Maßnahme³ Anlass sein, nunmehr auch in Thüringen einen ähnlichen Weg zu beschreiten.

Das Vorhaben, einen Thüringer Normenkontrollrat einzurichten, das auch schon durch die im Landeshaushalt 2021 bereitgestellten Mittel deutlich wird, halte ich für geeignet, um Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung zu forcieren.

- 1 Vgl. Zahradnik, Stefan: Public Management, Prozessmanagement und Deregulierung – Potenziale neben einer Funktional- und Gebietsreform in Thüringen, in: Hinz, Elmar (Hrsg.): Regieren in Kommunen, Herausforderungen besser bewältigen, Wiesbaden: Springer VS Verlag, 2017, S. 157-168.
- 2 Vgl. LT-Drs. 4/3950; Walkinstik-man-alone, Diana: Bürokratiekosten von Wirtschaft und Verwaltung: Eine Analyse zur Abschätzung der Folgen einer Reform des Gaststättenrechts in Thüringen, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, 2011.
- 3 Vgl. Ludwig, Johannes: Bürokratie, Regulierung, Verwaltung in der Krise, Update für Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2021.

2. Aufgaben des Thüringer Normenkontrollrats

Als Aufgabe des Nationalen Normenkontrollrats ist in § 1 Abs. 3 NKRG definiert:

„Er prüft insbesondere die Darstellung des Erfüllungsaufwandes neuer Regelungen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung auf ihre Nachvollziehbarkeit und Methodengerechtigkeit sowie die Darstellung der sonstigen Kosten der Wirtschaft, [...]“

Nicht der Nationale Normenkontrollrat nimmt die Ermittlung des Erfüllungsaufwands vor, sondern dies erfolgt durch das Ministerium, das den Gesetzentwurf vorlegt. Der Nationale Normenkontrollrat prüft diese Arbeit auf Nachvollziehbarkeit und Methodengerechtigkeit. Diese Arbeitsteilung ist sinnvoll. Erstens gewährleistet sie, dass der Erfüllungsaufwand bei der Erstellung des Gesetzentwurfs gleich mitbedacht wird. Zweitens hat das Personal des jeweiligen Ministeriums eine höhere Nähe zum Regelungsgegenstand und zu den Betroffenen, sodass es die Ermittlung des Erfüllungsaufwands leichter vornehmen kann. Drittens sichert die Trennung von Ermittlung und Prüfung die Unabhängigkeit der Prüfung.⁴

Dieses Konzept setzt aber voraus, dass eine Methode festgelegt ist, die das Ministerium bei der Ermittlung des Erfüllungsaufwands anwendet und Maßstab für die Prüfung der Methodengerechtigkeit durch den Nationalen Normenkontrollrat ist. Zumindest für die Messung der Bürokratiekosten, einem Teil des Erfüllungsaufwands, ist diese Festlegung unmittelbar im NKRG erfolgt, nämlich in dessen § 2 Abs. 3:

„Bei der Messung der Bürokratiekosten ist das Standardkosten-Modell (SKM) anzuwenden. Die international anerkannten Regeln zur Anwendung des Standardkosten-Modells sind zugrunde zu legen. Abweichungen von dieser Methodik bedürfen [...]“

In dem vorliegenden Gesetzentwurf für ein ThürABKG ist in § 1 Abs. 3 als Aufgabe des Thüringer Normenkontrollrats vorgesehen:

*„Er prüft insbesondere die Darstellung des Erfüllungsaufwands **und der Gesetzesfolgekosten** neuer Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung auf ihre Nachvollziehbarkeit sowie Methodengerechtigkeit. Er prüft zudem die Darstellung der sonstigen Kosten der Wirtschaft sowie die infolge einer neuen Regelung erforderlichen Verwaltungsprozesse.“*

Der Zweck der von mir fett gedruckten Wörter „**und der Gesetzesfolgekosten**“ erschließt sich mir nicht, da der Begriff „Erfüllungsaufwand“ nach § 2 Abs. 1 ThürABKG-E bereits „den gesamten messbaren Zeitaufwand und die Kosten, welche durch die Befolgung einer Vorschrift bei den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen“ umfasst. In Satz 2 werden dann ohnehin noch einmal sonstige Kosten der Wirtschaft aufgegriffen, soweit diese nicht bereits durch den Begriff „Erfüllungsaufwand“ abgedeckt sein sollten. Daher können und sollten die Wörter „und der Gesetzesfolgekosten“ gestrichen werden. Stattdessen könnten sonstige Kosten der Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Verwaltung in Satz 2 berücksichtigt werden.

Durch die von mir unterstrichenen Wörter wird den durch eine neue Regelung erforderlichen Verwaltungsprozessen besondere Beachtung geschenkt. Dies halte ich für sinnvoll, insbesondere vor dem Hintergrund dass der unnötige bürokratische Aufwand der öffentlichen Verwaltung mitunter höher liegt als der von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft, wie zum Beispiel die oben genannte Untersuchung des Gaststättenrechts im Jahr 2007 gezeigt hat. Allerdings empfehle ich, das Wort „die“ durch das Wort „der“ zu ersetzen. Die Prüfung von Verwaltungsprozessen als solche durch den Thüringer Normenkontrollrat ist bereits durch § 2 Abs. 3 Satz 2 und 3 ThürABKG-E abgedeckt.

⁴ Zur organisatorischen Verankerung und zu Kontrollformen vgl. auch Wegrich, Kai: Das Leitbild „Better Regulation“, Ziele, Instrumente, Wirkungsweise, Berlin: edition sigma, 2011, S. 73 ff.

Für § 1 Abs. 3 ThürABKG empfehle ich daher folgende Fassung:

„Er prüft insbesondere die Darstellung des Erfüllungsaufwands neuer Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung auf ihre Nachvollziehbarkeit sowie Methodengerechtigkeit. Er prüft zudem die Darstellung der sonstigen Kosten der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sowie der infolge einer neuen Regelung erforderlichen Verwaltungsprozesse.“

In § 2 Abs. 3 ThürABKG-E ist vorgesehen:

„Bei der Messung der Bürokratiekosten **kann** unter anderem das Standardkosten-Modell (SKM), unter Zugrundelegung dessen international anerkannter Regeln, angewendet werden, wenn dies den Mitgliedern zielführend erscheint. **Der Thüringer Normenkontrollrat ist nicht auf die Anwendung dieser Methodik beschränkt und kann davon unabhängig auch konkrete Einzelprüfungen bestimmter Lebens- und Verwaltungsbereiche mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung, -verbesserung und -beschleunigung durchführen und die Wirkung bestimmter Normen in der Praxis untersuchen. Weiter kann der Thüringer Normenkontrollrat im Rahmen des Auftrags der „besseren Rechtsetzung“ die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regel, die Möglichkeiten zur Befristung und zur Evaluierung betrachten und überprüfen, ob es für den Normadressaten eine einfachere Form des Vollzugs gibt.**“

Die von mir fett gedruckten Wörter erwecken den Eindruck, dass nicht das einen Gesetzentwurf erstellende Ministerium die Messung der Bürokratiekosten durchführt, sondern der Normenkontrollrat. Dies wäre aus den oben genannten Gründen jedoch keine gute Lösung.

Als vorteilhaft bewerte ich die von mir unterstrichenen Ergänzungen sowie die Bestimmungen in § 4 Abs. 7 ThürABKG-E, die es so im NKRK nicht gibt. Dadurch erhält der Thüringer Normenkontrollrat einen breiteren Aufgabenbereich als der Nationale Normenkontrollrat. Mir scheinen diese Aufgaben geeignet, auch unabhängig von vorliegenden Gesetzentwürfen einen Beitrag zu Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung zu leisten.

Daher empfehle ich, § 2 Abs. 3 Satz 1 und 2 NKRK sinngemäß in § 2 Abs. 3 ThürABKG zu übernehmen und einen neuen Absatz 4 mit dem Inhalt aus § 2 Abs. 3 Satz 2 ThürABKG-E einzufügen:

„(3) Bei der Messung der Bürokratiekosten ist das Standardkosten-Modell (SKM) anzuwenden. Die international anerkannten Regeln zur Anwendung des Standardkosten-Modells sind zugrunde zu legen. Abweichungen von dieser Methodik bedürfen eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Thüringer Normenkontrollrats und der Zustimmung der Landesregierung.

(4) Der Thüringer Normenkontrollrat kann unabhängig von der Prüfung nach § 1 Abs. 3 konkrete Einzelprüfungen bestimmter Lebens- und Verwaltungsbereiche mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung, -verbesserung und -beschleunigung durchführen und die Wirkung bestimmter Normen in der Praxis untersuchen. Weiter kann der Thüringer Normenkontrollrat im Rahmen des Auftrags der „besseren Rechtsetzung“ die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regel, die Möglichkeiten zur Befristung und zur Evaluierung betrachten und überprüfen, ob es für den Normadressaten eine einfachere Form des Vollzugs gibt.“

§ 2 Abs. 4 ThürABKG würde dann Absatz 5.

3. Zusammensetzung des Thüringer Normenkontrollrats

Während die zehn Mitglieder des Nationalen Normenkontrollrats vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedern der Bundesregierung dem Bundespräsidenten vorgeschlagen werden, der sie beruft, sollen die in § 3 Abs. 1 ThürABKG-E vorgesehenen sieben Mitglieder des Thüringer Normenkontrollrats vom Landtag gewählt werden.

In § 3 Abs. 3 ThürABKG-E ist für die sieben Mitglieder vorgesehen:

„Je ein Mitglied soll ein Praktiker aus den Bereichen Industrie- und Handel, Handwerk und Freie Berufe sein. Weiter soll je ein Mitglied ein Vertreter der Kommunen, der Wirtschaftskammern, der Arbeitnehmervereinigungen und aus dem Bereich Verbraucherschutz sein.“

Anders als in § 3 Abs. 2 NKRGE enthält der Entwurf für ein ThürABKG keine Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Mitglieder.

Diese Konstruktion hat zwar den Vorteil, dass sich im Thüringer Normenkontrollrat verschiedene Interessengruppen widerspiegeln. Sie birgt aber zugleich die Gefahr, dass diese sich als Lobbyisten ihrer Interessengruppe verstehen und verstanden werden und Vorschläge für die Besetzung des Thüringer Normenkontrollrats dementsprechend unterbreitet werden.

Es fällt auch auf, dass von den sieben Mitgliedern vier der Wirtschaft zuzurechnen sind (die drei „Praktiker“ und der Vertreter der Wirtschaftskammern). Dagegen ist die Wissenschaft gar nicht genannt, obwohl § 3 Abs. 4 Satz 4 ThürABKG-E Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ausdrücklich von der Mitgliedschaftsbeschränkung für Landesbeamte ausnimmt. Ein Vertreter aus dem Bereich Verbraucherschutz soll vermutlich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger repräsentieren, was aber der Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Landes- und Kommunalverwaltung kaum gerecht wird. Bürgerinnen und Bürger sind vom Landesrecht kaum als „Verbraucher“ betroffen.

Wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Arbeit des Thüringer Normenkontrollrats ist nach meiner Einschätzung die fachliche Qualifikation seiner Mitglieder.

Aus den vorgenannten Gründen empfehle ich § 3 Abs. 2 ThürABKG-E in Anlehnung an § 3 Abs. 2 NKRGE und § 3 Abs. 2 Satz 3 Sächsisches Normenkontrollratsgesetz und ergänzt um die im Gesetzesentwurf vorgefundene Mindestquote weiblicher Mitglieder wie folgt zu fassen:

„Die Mitglieder sollen Erfahrungen in Angelegenheiten der Rechtssetzung oder Rechtsanwendung innerhalb staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen gesammelt haben und über Kenntnisse in wirtschaftlichen Angelegenheiten verfügen. Mindestens drei Mitglieder müssen weiblich sein.“

Ich hoffe, dass meine Stellungnahme in Ihren Beratungen hilfreich ist.

Mit freundlichen Grüßen

11/11/11

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td style="text-align: center;"> Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen Frau-von-Selmnitz Straße 6 06110 Halle (Saale) </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen Frau-von-Selmnitz Straße 6 06110 Halle (Saale)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen Frau-von-Selmnitz Straße 6 06110 Halle (Saale)									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Entscheiden von Arbeitslosigkeit entgegenwirken</i> <i>Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzen</i> <i>Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf Arbeits- und Arbeitsmarktt unterstützen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	/	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Halle, den 17.01.2022



Bundesagentur für Arbeit

Regionaldirektion
Sachsen-Anhalt-Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
20.01.2022 10:54

1618/2022

Regionaldirektion SAT, Frau-v.-Selmnitz-Str. 6, 06110 Halle

Landtag Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht: vom 29.12.2021

Name:

Durchwahl:

E-Mail: Sachsen-Anhalt-Thueringen.ZLP@arbeitsagentur.de

Datum: 17. Januar 2022

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der GO des Thüringer Landtags zum Gesetz der Fraktion der CDU

- **Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die eröffnete Gelegenheit zum Gesetz der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag „Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)“ Stellung nehmen zu können. Da mir eine Teilnahme an der mündlichen Anhörung aufgrund anderweitiger Terminverpflichtungen leider nicht möglich ist, komme ich diesem Wunsch gern mit einer schriftlichen Stellungnahme nach.

Mit dem Gesetzentwurf vom 15.9.2021 – Drs. 7/4084 NF fordert die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag die Einrichtung einer Anti-Bürokratiekommission im Freistaat Thüringen. Vergleichbare Kommissionen bestehen derzeit mit dem Nationalen Normenkontrollrat auf Bundesebene sowie den Normenkontrollräten in Baden-Württemberg und Sachsen. Für Sachsen-Anhalt haben die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung eines Normenkontrollrates zur Gesetzesfolgenabschätzung bezüglich Bürokratievermeidung und -abbau vereinbart. Auch in Berlin gibt es Bestrebungen einen solchen einzusetzen, vgl. Antrag der FDP-Fraktion vom 16.9.2019 – Drs. 18/1592.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird deutlich, dass die Verbesserung der Qualität von bestehenden sowie neuen Gesetzen und Rechtsverordnungen ein wichtiges politisches Anliegen ist. Die geplante Ansiedlung bei der Staatskanzlei und vorgeschlagene Zusammensetzung zeigt auf, dass es sich hier um eine unabhängige, nur dem gesetzlichen Auftrag verpflichtete, Kommission ohne Entscheidungsrechte handeln soll. Aufgaben, Ansprechpartner und Zuständigkeiten sind strukturiert und klar definiert. Die vorgeschlagene Ausgestaltung als ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder, die durch eine dauerhaft bei der Staatskanzlei eingerichtete Geschäftsstelle unterstützt werden, erscheint im Vergleich mit vorgenannten Normenkontrollräten des Bundes und der Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen insoweit sachgerecht.

- 2 -

Dienstgebäude
Regionaldirektion SAT
Frau-v.-Selmnitz-Str. 6
06110 Halle

Telefon

Telefax

Internet
www.arbeitsagentur.de

Öffnungszeiten
Mo-Do
8:00-16:30
Fr
8:00-14:00

Sie erreichen uns:
mit der Straßenbahn
Linie 2 und 5

Auch wenn Änderungen in den für die Bundesagentur für Arbeit maßgeblichen Gesetzen durch den Nationalen Normenkontrollrat geprüft werden, ist die mit der Einrichtung der Anti-Bürokratiekommission in Thüringen verbundene Zielstellung des Abbaus bzw. der Vermeidung von bürokratischen Hürden aus Sicht der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit zu begrüßen. Die Entlastung von bürokratischen Vorgaben kann Freiräume für kreatives Agieren schaffen. Dies kommt unmittelbar allen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern des Freistaats zu Gute.

Gegen eine Veröffentlichung meines Schreibens bestehen keine Einwände.
Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG), Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/4084											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Geschäftsstelle Erfurt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstraße 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Geschäftsstelle Erfurt		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 27	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Geschäftsstelle Erfurt										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 27									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

2814/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Unterstützung der Sächs. Staatsregierung</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dresden, 31. 7. 2022	

THÜR. LANDTAG POST
24.01.2022 09:04

1940/2022

SÄCHSISCHER
NORMENKONTROLLRAT



Den Mitgliedern des
AfWWDG

Den Mitgliedern des
AfEKM

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR
DEMOKRATIE, EUROPA UND GLEICHSTELLUNG
Hansastraße 4 | 01097 Dresden

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1667

zu Drs. 7/4084NF

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1240E/48/6-NKR

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zur Landtagsdrucksache
7/4084 "Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-
Bürokratiekommission"

Dresden,
24. Januar 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Sächsische Normenkontrollrat begrüßt grundsätzlich den
Gesetzentwurf, der weitgehend dem Sächsischen Normenkontrollratsgesetz
entspricht. Zu einzelnen Regelungen nimmt er wie folgt Stellung:

Zu § 1:

Der Thüringer Normenkontrollrat soll bei der Staatskanzlei angesiedelt
werden.

Diese Ressortierung ist insbesondere im Hinblick auf die ihm übertragene
Aufgabe, die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den
Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der
besseren Rechtsetzung zu beraten und zu unterstützen, zu begrüßen. Auf
diese Weise kann das Gremium in eine umfassende Strategie der
Landesregierung zum Bürokratieabbau eingebunden werden.

In Sachsen wurde der Normenkontrollrat aufgrund der Nähe zur
Rechtsförmlichkeitsprüfung beim damaligen Staatsministerium der Justiz
und für Europa (jetzt: Staatsministerium der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung) angesiedelt.



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung
Hansastraße 4
01097 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit
ÖPNV und Fernverkehr
(Bahnhof Neustadt)

Parken und behinderten-
gerechter Zugang über
Einfahrt Hansastraße 4

Hinweise zum Datenschutz erhalten
Sie auf unserer Internetseite. Auf
Wunsch senden wir Ihnen diese
Hinweise auch zu.

Per E-Mail kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Nachrichten; nähere
Informationen zur elektronischen
Kommunikation mit dem Sächsischen
Staatsministerium der Justiz und für
Demokratie, Europa und Gleichstellung
unter <https://www.justiz.sachsen.de/E-Kommunikation-SMJ>

Zu § 2:

Gemäß Absatz 2 sind Teil des Erfüllungsaufwandes auch die Bürokratiekosten.

Im Sächsischen Normenkontrollratsgesetz wird auf die gesonderte Ausweisung der Bürokratiekosten verzichtet. Selbstverständlich sind diese auch in Sachsen Teil des Erfüllungsaufwandes, die gesonderte Ausweisung führt jedoch häufig zu Abgrenzungsproblemen und ist aus hiesiger Sicht nicht mit einem wesentlichen Erkenntnisgewinn im Hinblick auf die Folgewirkungen neuer Regelungen verbunden. Auf Bundesebene werden die Bürokratiekosten lediglich noch aufgrund der historisch bedingten gesonderten Bürokratiekostenmessung getrennt ausgewiesen. Der Nationale Normenkontrollrat war zunächst nur für die Bürokratiekostenmessung zuständig. Erst später wurde die Messung des Erfüllungsaufwandes eingeführt.

Aus hiesiger Sicht kann daher auf eine getrennte Darstellung der Bürokratiekosten verzichtet werden.

Zu § 3:

Der Thüringer Normenkontrollrat soll aus sieben Mitgliedern bestehen.

Der Nationale Normenkontrollrat, der Sächsische Normenkontrollrat und auch der Normenkontrollrat Baden-Württemberg haben jeweils eine gerade Anzahl an Mitgliedern. Dies verstärkt innerhalb des Gremiums die Bemühungen um einvernehmliche Entscheidungen.

Zu § 4 Absatz 1:

Der Sächsische Normenkontrollrat begrüßt das im Entwurf vorgesehene umfassende Prüfungsrecht des Thüringer Normenkontrollrats.

Positiv bewertet wird insbesondere die – über die Rechtslage in Sachsen hinausgehende – Regelung, wonach auch Entwürfe von Landesgesetzen aus der Mitte des Landtags während der Ausschussbefassung dem Prüfungsrecht unterliegen sollen.

Auf diese Weise wird zum einen sichergestellt, dass der Erfüllungsaufwand auch in den Fällen erfasst wird, in denen die Landesregierung durch sogenannte Formulierungshilfen für die regierungstragenden Fraktionen faktisch auch Einfluss auf Parlamentsgesetze

nimmt. Zum anderen gibt diese Regelung den Abgeordneten Anlass, sich stärker mit den Folgen der von ihnen vorgeschlagenen Regelungen auseinanderzusetzen.

Ausdrücklich begrüßt wird auch das Prüfungsrecht für Rechtsverordnungen der Ministerien. Hierdurch wird der großen praktischen Bedeutung der Ressortverordnungen Rechnung getragen. In Sachsen ist eine entsprechende Regelung auf Vorschlag des Sächsischen Normenkontrollrats 2021 eingeführt worden.

Zu § 4 Absatz 2:

Der Entfall des Prüfungsrechts in den Nummern 1 und 3 entspricht dem Sächsischen Normenkontrollratsgesetz. Den in diesem Bereich gelegentlich auftretenden Abgrenzungsproblemen trägt nach hiesiger Auffassung die Regelung in Satz 2 des Entwurfs in geeigneter Weise Rechnung. Hierdurch wird die Möglichkeit eröffnet, in Zweifelsfällen zumindest auf Bitten der Landesregierung eine Beurteilung des landesspezifischen Erfüllungsaufwands herbei zu führen.

Kritisch wird von hier aus der Entfall des Prüfungsrechts beim Haushaltsbegleitgesetz beurteilt. Da Haushaltsbegleitgesetze regelmäßig mit erheblichen Erfüllungsaufwänden verbunden sind und in diesem Bereich eine entsprechende Darstellung – im Gegensatz zum Haushalts- und zum Finanzausgleichsgesetz – auch meist unproblematisch und im Rahmen der zeitlichen Fristen möglich ist, sollte insoweit auf das Prüfungsrecht des Normenkontrollrats nicht verzichtet werden.

Zu § 7 Absatz 2:

Die – in Sachsen nicht existierende – Berichtspflicht der Landesregierung über den Stand des Bürokratieabbaus wird vom Sächsischen Normenkontrollrat ausdrücklich begrüßt.

Sie ist aus hiesiger Sicht ein geeignetes Mittel, um auf politischer Ebene regelmäßig Impulse für Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zu besserer Rechtsetzung – etwa durch die Verabschiedung von Arbeitsprogrammen oder die Formulierung konkreter Zielvorgaben – zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Nationaler Normenkontrollrat	
	Expertengremium	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Willy-Brandt-Str. 1	
	Postleitzahl, Ort	
	10557 Berlin	
	2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrates wird begrüßt. Die Stellungnahme enthält Verbesserungsvorschläge zu ausgewählten Aspekten des Entwurfs, u.a. im Hinblick auf die Zusammensetzung oder das Evaluationsverfahren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
24.01.2022

2030/2022

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/4084 Neufassung -

Grundsätzliche Anmerkungen

Zur Durchführung seiner Aufgaben braucht der moderne Staat eine schlanke und effiziente Verwaltung. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Verwaltung selbst, müssen von überflüssiger Bürokratie entlastet werden. Auf der Bundesebene hat sich hierfür ein Normenkontrollrat als wirksames Instrument erwiesen: Mit einem Prüfungs- und zugleich einem Beratungsmandat ausgestattet, gewährleistet der Nationale Normenkontrollrat (NKR) bei grundsätzlich jedem Gesetzes-, Verordnungs- oder Richtlinienentwurf, dass die Entscheidungsträger in Kabinett und Parlament sowie die Öffentlichkeit über ein realistisches Bild der zu erwartenden Kostenfolgen verfügen.

Kostentransparenz durch ein „Preisschild“ an jeder Neuregelung ist der sicherste Weg zu Bürokratieabbau, Bürokratievermeidung und Folgekostenbegrenzung – auf der Bundesebene ebenso wie auf der Landesebene. Deshalb haben inzwischen auch Baden-Württemberg und Sachsen Normenkontrollräte eingerichtet – ein Schritt, der auf Grund inzwischen jahrelanger positiver Erfahrungen sicher auch für Thüringen naheliegend ist. Ebenso wie der NKR kann ein Thüringer Normenkontrollrat mit entsprechender Expertise aus Wirtschaft, Wissenschaft sowie Kommunal- und Landesverwaltung Transparenz hinsichtlich gesetzlicher Folgekosten gewährleisten und zugleich Impulsgeber für die Modernisierung der Rechtsetzung im Sinne anwenderfreundlicher und praxiserprobter Regelungen sein: Vollzugs- und Digitaltauglichkeit sowie Adressatenbeteiligung sind einige Anforderungen, von deren Erfüllung die Akzeptanz staatlichen Rechts auf Bundes- und Landesebene künftig immer mehr abhängen wird.

Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau stehen regelmäßig auf der politischen Agenda. Oftmals werden sie jedoch nicht mit der notwendigen politischen Beharrlichkeit verfolgt. Woran liegt das? Dies hat u.a. damit zu tun, welche Interessen sich innerhalb der Verwaltung besser durchsetzen lassen: Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung sind Querschnittsthemen, deren Verfechter als Generalisten den vielen hochspezialisierten Fachinteressen in den Ressorts schon allein mit Blick auf die Personalkapazitäten

strukturell unterlegen sind. Anders gesagt: Es wird den Fachspezialisten strukturell immer einfacher fallen, eine komplizierte und aufwändige Spezialregelung durchzusetzen, als den Generalisten, diese zu verhindern bzw. sich erfolgreich für eine weniger aufwändige Alternative einzusetzen. Es sind unter anderem diese Mechanismen, die im Zeitverlauf zu einer immer höheren Regelungsdichte führen, die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und nicht zuletzt die Verwaltung selbst vor erhebliche Herausforderungen stellt. Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung müssen daher durch eigens dafür geschaffene Gremien aktiv vertreten und eingefordert werden, damit nachhaltige Verbesserungen erreicht werden können.

Anmerkungen zu einzelnen Regelungen

zu § 1 Abs. 1

Die Ansiedlung des Normenkontrollrats bei der Staatskanzlei wird ausdrücklich empfohlen. Dies unterstreicht die politische Bedeutung des Themas und erhöht somit die Konfliktfähigkeit des Gremiums.

zu §§ 1 Abs. 3 S. 2 - 3, 2 Abs. 3 S. 2, 5 Abs. 1 Nr. 3

Die zitierten Passagen enthalten Tätigkeitsfelder des Thüringer Normenkontrollrats mit Bezügen zu Vollzugsorientierung, Praxistauglichkeit und Verfahrensvereinfachung neuer oder bestehender Regeln. Diese Fragen sind gerade auf Landesebene elementar und können einen sinnvollen Schwerpunkt der Arbeit des Thüringer Normenkontrollrates darstellen.

zu § 2 Abs. 4

Die Berücksichtigung der Digitaltauglichkeit von Regelungen im Prüfmandat wird begrüßt. Dies sollte insbesondere die einheitliche Definition von Rechtsbegriffen (z.B. Einkommen) beinhalten, aber auch die Nachnutzung vorhandener IT-Lösungen oder technologieneutrale Regelungen. Eine Festlegung des aus Dänemark kommenden Digital-First-Prinzips (Vorrang für digitale Lösungen) wird ausdrücklich begrüßt.

zu § 3 Abs. 3

Es wird empfohlen, mindestens ein Mitglied aus dem Kreis der Wissenschaft zu berufen. Dies hat sich auf Bundesebene bewährt und entspricht dem gesetzlichen Beratungsauftrag.

zu § 3 Abs. 10

Da eine Mitgliedschaft im Normenkontrollrat ein Ehrenamt darstellt, kommt einer gut ausgestatteten hauptamtlichen Geschäftsstelle eine Schlüsselrolle zu. Auf Bundesebene wurden mit einer interdisziplinären Mischung der Fachhintergründe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gute Erfahrungen gemacht. Mit den Fachressorts sollten entsprechende Rotationsvereinbarungen getroffen werden.

zu § 4 Abs. 2 Nr. 1

Eine gesetzliche Einschränkung des Prüfungsrechts für bereits vom Nationalen Normenkontrollrat geprüft Bundesrecht ist nicht angezeigt. Nicht für jede vom Nationalen Normenkontrollrat geprüfte Bundesvorschrift ist Erfüllungsaufwand auch dargestellt worden – nämlich in solchen Fällen, die den Nationalen Normenkontrollrat zu einer negativen Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung veranlasst haben. § 4 Abs. 4 stellt zudem klar, dass Auswahl und Umfang der Prüfungen im Ermessen des Thüringer Normenkontrollrates liegen und er selbstständig eine Auswahl im Sinne der intendierten Regelung treffen kann, sofern er dies wünscht.

zu § 6 Abs. 1

Gutachtenaufträge sollten von der Regelung ausgenommen werden, denn ihr Zweck – und ihre Stärke – liegt gerade darin, Impulse für Debatten innerhalb der Fachöffentlichkeiten verschiedener Themenbereiche zu geben. Rein intern zwischen Landesregierung und Normenkontrollrat diskutierte Gutachten werden dies nicht in gleicher Qualität erreichen können.

zu § 8

Es wird empfohlen, die Evaluation extern und wissenschaftlich durchführen zu lassen und nicht durch die Landesregierung selbst. So kann die notwendige Ausgewogenheit und methodische Qualität sichergestellt werden. Wichtig ist vor allem, ein breites Feld von Stakeholdern (u.a. Kammern, Verbände) in die Evaluation einzubeziehen und mit Blick auf eine Bewertung des Normenkontrollrates zu befragen. Dies sollte im Gesetzentwurf festgelegt und frühzeitig ein Auftrag für Begleitforschung und Evaluation vergeben werden.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesverbandsgemeinschaft der Thüringer Industrie- u. Handelskammern</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Am Stöcker Str. 34, 99096 EF</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesverbandsgemeinschaft der Thüringer Industrie- u. Handelskammern	Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Stöcker Str. 34, 99096 EF	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	Landesverbandsgemeinschaft der Thüringer Industrie- u. Handelskammern										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Stöcker Str. 34, 99096 EF										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Hauptgeschäftsführer der MK Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Wir verweisen hier auf die schriftliche Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7:	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja . 27.1.22	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ernt. 17.01.2022	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer
Industrie- und Handelskammern

IHK Erfurt | Postfach 90 01 55 | 99104 Erfurt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses für Europa,
Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.01.2022 12:29

2160/2022

Per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Den Mitgliedern des
AfEKM

Den Mitgliedern des
AfWWDG

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1681

zu Drs. 7/4084NF

25. Januar 2022

**Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern
zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag: Gesetz zur Einsetzung
einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (ThürABKG), Drucksache 7/4084**

Sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder,

die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern dankt für die
Gelegenheit der Stellungnahme zum oben genannten Gesetzentwurf und positioniert sich
dazu wie folgt:

Vorbemerkung

Der quantitative und qualitative Aufwuchs bürokratischer Regelungen ist ein in den
vergangenen Jahren zunehmendes Problem für die Mehrzahl der von uns vertretenen
Unternehmen. Entgegen regelmäßigen Beteuerungen politisch Verantwortlicher warten wir
und insbesondere unsere Mitgliedsunternehmen seit langem auf eine tatsächliche und
spürbare Entlastung in dieser Angelegenheit. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein erster
Schritt hin zu einem strukturellen und nachhaltigen Lösungsansatz zur Reduzierung
bestehender und Vermeidung künftiger Bürokratie für die Wirtschaft. Dem zuletzt vermehrt
vorgetragenen Argument, ein solcher Rat schaffe neue Bürokratie, widersprechen wir an
dieser Stelle vehement. Politik und Verwaltung haben es aus eigener Kraft nicht geschafft,
Bürokratie zu mindern. Die Thüringer Anti-Bürokratie-Kommission ist eine Chance der
Vereinfachung und Effizienz, die für alle Beteiligten einen echten Mehrwert und für Verwaltung
und Wirtschaft eine Entlastung bedeuten kann. Insofern begrüßen wir den vorliegenden
Gesetzentwurf außerordentlich.

1/5

Gesetzentwurf

§ 1

Die Ansiedlung eines Normenkontrollrates bei der Thüringer Staatskanzlei wird als sinnvoll erachtet, da dort die Regierungsarbeit koordiniert wird und der Rat auf ressortübergreifende Expertise zurückgreifen kann. Unabhängigkeit und Kompetenz des Rates, sowohl bestehende als auch neue Normen zu kontrollieren, begrüßen wir.

Als Vertreter der Thüringer Wirtschaft sehen wir den Rat in erster Linie als Instrument, das hauptsächlich die Unternehmen nachhaltig von Bürokratie entlasten soll. Die konstruktive Ausrichtung des Rates ist notwendig und kann für die Verwaltung einen Mehrwert in dem Sinne bedeuten, dass beispielsweise konkrete Vorschläge zur Reduzierung des Erfüllungsaufwands unterbreitet und so praxisnahe Umsetzungen geboten werden.

§ 2

Wir begrüßen grundsätzlich, dass der Gesetzentwurf den Begriffsbestimmungen und der Arbeitsweise des Rates genügend Aufmerksamkeit widmet. Die Festlegung, dass Bürokratiekosten mit Hilfe des national vielerorts bereits angewandten und belastbaren Standardkosten-Modells ermittelt werden können, begrüßen wir. Die auch bei der Anwendung von Methodiken sichtbare Unabhängigkeit des Rates trägt zur Handlungsfähigkeit des Rates bei.

Die verankerte Zielsetzung der Verfahrensvereinfachung, -verbesserung und -beschleunigung greift wesentliche Missstände öffentlichen Verwaltungshandeln in Deutschland auf. Insbesondere die viel zu niedrige Geschwindigkeit und zunehmende Komplexität von Verfahren und Anforderungen steht der Modernisierung unseres Landes und damit unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit an vielen Stellen im Weg.

Auch die regelmäßige Evaluierung von Normen entspricht modernen Verwaltungshandeln und bestärkt den Rat in seiner Rolle. Der in Absatz 4 verankerte Digitalisierungsvorrang bei der Umsetzung von Vorschlägen trägt einer zeitgemäßen und modernen Ausrichtung des Rates Rechnung.

§ 3

Die Wahl der Ratsmitglieder durch den Thüringer Landtag erhöht vielleicht die demokratische Legitimation und damit möglicherweise auch die Stellung des Rates innerhalb des politischen Gefüges. Dennoch sehen wir ein Wahl- oder Ernennungsprozedere, das politische Abhängigkeiten erzeugt, sehr kritisch. Mit der vorliegenden Regelung wird die politische Instrumentalisierung bei der Besetzung des Rates zementiert, die Wahl der Mitglieder würde zum Spielball parteipolitischer Interessen. Ähnliches sehen wir für eine von der

Landesregierung vorgenommene Ernennung der Ratsmitglieder. Von einer wirklichen Unabhängigkeit kann dann keine Rede mehr sein.

Wir schlagen daher ein unabhängiges Benennungsverfahren vor, das von den jeweiligen, im Gesetzentwurf benannten Organisationen vorgenommen wird. Aus unserer Sicht sollten mindestens Vertreter folgender Institutionen benannt werden: Thüringer Industrie- und Handelskammern, Thüringer Handwerkskammern, Verband der Wirtschaft Thüringens sowie die Kommunalen Spitzenverbände. Die ungerade Zahl an Mitgliedern des Rates vermeidet Pattsituationen und sorgt somit für Entscheidungssicherheit und Effizienz. Die mehrheitliche Vertretung von praxisversierten Vertretern der Unternehmen kommt der schwerpunktmäßigen Bürokratieentlastung in der Wirtschaft nach und ist daher ausdrücklich zu begrüßen. Von der Einbindung erfahrener Unternehmerinnen und Unternehmern und den damit verbundenen praxisgerechten Impulsen und Lösungen wird der Rat und im Folgenden auch die Landesverwaltung substantiell profitieren. Mit dem Ausschluss, dass Mitglieder des Rates keinem anderen Beirat der Landesregierung gleichzeitig angehören dürfen, werden Interessenkonflikte vermieden und die Unabhängigkeit und Fokussierung des Rates gestärkt. Eine dauerhaft auskömmliche finanzielle, personelle und sächliche Untersetzung des Rates ist sicherzustellen.

§ 4

Die umfangreichen Prüfungsbefugnisse von Normen und Regelungen des Landes finden unseren Zuspruch. Die Festlegungen, dass der Rat vor einer abschließenden Befassung des Kabinetts zu beteiligen ist sowie die verpflichtende frühzeitige Einbeziehung des Rates durch die Ressorts bei neuen Regelungsentwürfen finden unsere Zustimmung und stärken die Rolle des Rates weiter. Auch die Möglichkeit der Anrufung des Rates von Landesregierung und Landtag ist für den Abbau bürokratischer Hürden von Bedeutung.

Dennoch fehlt eine verbindliche Regelung zur frühzeitigen und institutionellen Einbeziehung des Rates. Dieser sollte bereits im ministeriellen oder parlamentarischen Erarbeitungsprozess von Regelungen (insb. Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien) beteiligt werden, um mögliche bürokratische Aufwüchse frühzeitig zu identifizieren und zu adressieren. Ist eine solche frühzeitige Einbeziehung des Rates nicht vorgesehen, unterstellen wir als Vertreter der Unternehmen fehlende Ernsthaftigkeit des Gesamtvorhabens.

Weiterhin begrüßen wir die folgenden Berechtigungen des Rates, tragen sie doch zur Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit bei: das in Absatz 7 verankerte Eigeninitiativrecht und die Begründungsverpflichtung bei Ablehnung eines Ersuchens an die Landesregierung zur Ermittlung eines Erfüllungsaufwandes nach einer Ratsinitiative.

§ 5

Ausdrücklich begrüßen wir die im Gesetzentwurf verankerten Befugnisse des Rates. Hierbei sind die Möglichkeit zur Durchführung von Anhörungen, die Beauftragung von Gutachten, die Erprobung geplanter Regelungen vor Inkrafttreten sowie das Kooperationsgebot mit anderen vergleichbaren Einrichtungen des Bundes und der Länder besonders hervorzuheben. Insbesondere in der Erprobung geplanter Regeln mit ausgewählten Akteuren der Praxis sehen wir ein zielführendes Instrument, das für die Unternehmen einen echten Mehrwert und auch höhere Akzeptanz bedeuten kann.

§ 6

Die im Gesetzentwurf verankerten Pflichten des Rates finden unsere Zustimmung.

§ 7

Die Verpflichtung der Landesregierung, dem Landtag jährlich einen Bürokratieabbaubericht vorzulegen, kann ein wichtiges Mittel der Evaluierung und Bewertung des Vorankommens auf diesem Gebiet sein und ist daher aus unserer Sicht unerlässlich. Auch die Begründungsverpflichtung der Landesregierung bei Nichtbefolgen von Ratsempfehlungen ist ein zielführendes Mittel, um die Stellung des Rates innerhalb der Verwaltungsprozesse hervorzuheben.

Exkurs

In nahezu allen Bundesländern existieren Normenkontrollräte oder vergleichbare Einrichtungen. Auf Bundesebene wirkt der Nationale Normenkontrollrat seit über 15 Jahren. Unermüdlich hat dieser auf Maßnahmen für eine bessere Rechtsetzung hingewirkt. Er wird auch in Zukunft gebraucht. Denn die Corona-Pandemie hat offengelegt, was aus Sicht der Wirtschaft noch zu unflexibel und langsam funktioniert, wo es unnötige und praxisferne Regelungen gibt und an welchen Stellen der drängendste Handlungsbedarf besteht.

Die skeptischen Einwürfe einiger Thüringer Spitzenpolitiker zur Einsetzung eines Normenkontrollrates weisen wir in diesem Kontext zurück. Wenn wir nicht anfangen, Verwaltungshandeln und Regulierungen zu evaluieren und zu straffen, dann wird eine spürbare Bürokratieentlastung in unserem Land nicht gelingen. Die Einsetzung eines solchen Rates muss auch als Standortfaktor gesehen werden und bietet aus unserer Sicht viel mehr Chancen als Risiken.

Betriebe und Unternehmen brauchen verständliche und leicht umsetzbare Regeln, deren Zweck nachvollziehbar formuliert sein muss. Vor dem Hintergrund von Standortverteilungen vieler Unternehmen über die kommunale Gebietsgrenzen oder gar Bundesländergrenzen

hinweg braucht es auch eine Harmonisierung und Vereinheitlichung von Regulierungen. Das gilt innerhalb des Freistaates, aber auch innerhalb der Bundesrepublik.

Es gilt zudem, enorme Entlastungs- und Modernisierungspotenziale digitaler Angebote und Lösungen zu nutzen, die den Unternehmen etwa während der Corona-Pandemie eine größere Öffnungs-Flexibilität ermöglicht haben.

Voraussetzung für unbürokratische Verfahren und Regelungen ist die frühzeitige Beteiligung der Wirtschaft, damit Regelungen effektiver, praxisnaher und moderner gestaltet werden. Dazu braucht die Wirtschaft zeitlich angemessene Befassungsmöglichkeiten. Hinweise zu den praktischen Auswirkungen in den Unternehmen kann realistischerweise niemand einbringen, wenn die Zeit nicht ausreichend bemessen ist. Nicht gewollte Auswirkungen einer Regelung auf die betriebliche Praxis würden durch eine frühzeitige Verfahrensbeteiligung aufgedeckt. So können Verfahren verschlankt und unnötige neue Pflichten für Unternehmen vermieden werden. Gemeinsam mit der Thüringer Anti-Bürokratiekommission möchten wir als Thüringer Industrie- und Handelskammern in Zukunft noch erfolgreicher daran arbeiten, unnötige Belastungen für Unternehmen zu vermeiden.

Bürokratischer Aufwand gehört nicht originär zur unternehmerischen Aufgabe und belastet die Arbeitsweise der Unternehmen in zunehmendem Maße. Nur durch Entlastungen erreichen wir spürbare und nachhaltige Verbesserungen, ermöglichen damit den Unternehmen wieder eine Fokussierung auf ihr Kerngeschäft, stärken unsere nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit und erreichen letztlich Prosperität.

Gern stehen wir für weitere Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt
Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gustav-Freytag-Str. 11</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 11	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
	Name	Organisationsform									
	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.									
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 11										
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der gemeinsamen Interessen der Freien Berufe im Freistaat Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zur Etablierung des Normenkontrollrats (NKR) Beteiligung eines Vertreters der Freien Berufe unabdingbar regelungsbedürftig: Vorschlags- und Entsenderecht, Zeitpkt. der Wahl des NKR auskömmliche Entschädigung für entsendende Organisation oder das selbständige Mitglied des NKR, orient. an Diäten der MdL Auskunftsrecht über Erfüllungsaufwand auch für Gesetzesinit.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 28.01.2022	

Rechtsanwalt
Geschäftsführung im Auftrag
des Vorstands des LFB Thür. e.V.

THUR. LANDTAG POST
24.01.2022 10:43

1992/2022

LfB

LfB Thüringen | G.-Freitag-Str. 11 | 99425 Weimar

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

[01222.WB21-J27-EF]

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1688

zu Drs. 7/4084NF

21.01.2022

Unser Zeichen, bitte immer angeben:

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer
Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG)
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/4084 Neufassung -
hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Ihr Zeichen: - Drs. 7/4084NF - mündlich
Ihr Schreiben vom 29.12.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
Entwurf einer Stellungnahme

Der LfB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.
(im folgenden: LfB) bedankt sich zunächst nochmals für die
Möglichkeit, zu o.g. Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

LfB Landesverband
der Freien Berufe
Thüringen e.V.

*

Gustav-Freitag-Straße 11
99425 Weimar

T +49(0)3643 401650
F +49(0)3643 401651

info@lfb-thueringen.de
www.lfb-thueringen.de

Wir begrüßen die Initiative der Fraktion der CDU, gesetzli-
che Grundlagen auf Landesebene zur Eindämmung über-
flüssiger Bürokratie zu schaffen. Gesetze müssen die wirt-
schaftliche Entwicklung im Freistaat Thüringen begünstigen
- unnötige Bürokratie bewirkt das Gegenteil.

Dazu enthält der Gesetzentwurf zahlreiche gute Ansätze, die
aus Sicht des Landesverbands der Freien Berufe Thüringen
geeignet sind, die formulierten Ziele zu erreichen.

Insbesondere dürfte die Ansiedlung des Thüringer Normen-
kontrollrats (im folgenden: Normenkontrollrat) bei der
Thüringer Staatskanzlei organisatorisch zweckmäßig sein.
Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang
auch, dass der Gesetzgeber die Unabhängigkeit des Nor-
menkontrollrats festschreibt, der in seiner Tätigkeit nur an
den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden sein
soll.

Nur in wenigen Details des Gesetzentwurfes sehen wir noch Diskussionsbedarf und erlauben uns dazu folgende Anmerkungen:

LfB

Zu § 3 Abs. 3:

Der LfB unterstützt grundsätzlich den Vorschlag, den Normenkontrollrat aus 7 Mitgliedern bestehen zu lassen, wobei die Bereiche

1. Industrie und Handel,
2. Handwerk,
3. freie Berufe,
4. Vertreter der Kommunen,
5. Wirtschaftskammern,
6. Arbeitnehmervereinigungen,
7. Verbraucherschutz

repräsentiert sein sollen.

Es fällt allerdings auf, dass die Land- und Forstwirtschaft nicht ausdrücklich genannt wird. Freie Berufe sind auch in diesen Bereichen tätig.

Etwas problematisch ist u.E., dass der Gesetzentwurf auch dahingehend ausgelegt werden kann, dass nur ein Praktiker aus dem Bereich Industrie und Handel, Handwerk und Freie Berufe kommen muss. Deshalb möge insoweit eine Präzisierung erfolgen.

Der LfB favorisiert eine ausdrückliche Repräsentation der Freien Berufe im Normenkontrollrat vor dem Hintergrund, dass sie zu den wichtigen Bestandteilen der Thüringer Volkswirtschaft gehören, wobei ihre Bedeutung über ihren erheblichen Beitrag zur Erwirtschaftung des Bruttozusatzprodukts weit hinaus geht: das gilt für die medizinischen und Heilberufe genauso wie für die planenden sowie die rechts- und wirtschaftsberatenden freien Berufe. Ohne freie Berufe, die auch als Katalysator für wirtschaftliche Prozesse wirken, ist eine funktionierende Volkswirtschaft schlicht nicht vorstellbar. Darüber hinaus erbringen Freie Berufe eine Vielzahl persönlicher Dienstleistungen für Verbraucher. Gerade im ländlichen Raum bewirkt eine Unterversorgung z.B. mit medizinischen, aber auch mit rechts- und steuerberatenden Dienstleistungen mittel- und langfristig gesellschaftliche Spannungen - was seit einigen Jahren auch in Thüringen mit stärker werdender Tendenz zu beobachten ist.

Insoweit sind die Berufsträger der Freien Berufe also nicht nur selbst als Unternehmer, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer Tätigkeit für ihre Patienten, Auftraggeber und Mandanten von unnötiger Bürokratie betroffen. Darüber hinaus verfügen sie über vielfältige Einblicke über den unmittelbaren eigenen Tätigkeitsbereich hinaus in wirtschaftliche und andere Prozesse und damit über einen besonderen Sachverstand, auf den im Rahmen der Etablierung des Normenkontrollrats nicht verzichtet werden darf.

Wir schlagen daher vor, folgende Zusammensetzung des Normenkontrollrats vorzusehen:

1. ein Vertreter aus den Bereichen der Industrie, des Handels und der IHK
2. ein Vertreter des Handwerks und der Handwerkskammern,
3. ein Vertreter der Kammern der Freien Berufe und der nichtverkammerten Freien Berufe
4. ein Vertreter der Bereiche Land- und Forstwirtschaft
5. ein Vertreter der Kommunen,
6. ein Vertreter der Arbeitnehmervereinigungen,
7. ein Vertreter von Verbraucherschutzverbänden

zu § 3 Abs. 1 Satz 2:

Unklar ist, wer das Vorschlagsrecht für die Mitglieder des Normenkontrollrats haben soll. Wir regen hierzu an, die jeweils entsendenden Organisationen (Kammern und Verbände) zur Nominierung von Kandidaten aufzufordern, wobei gemeinsam entsendende Organisationen sich im Vorhinein auf die Nominierung jeweils eines Kandidaten einigen sollten.

Regelungsbedürftig erscheint weiterhin, in welchem zeitlichen Abstand nach der Wahl des Thüringer Landtags die Wahl des Normenkontrollrats stattfinden muss. Unseres Erachtens sollte dies eine der ersten Handlungen des Landtags sein, wenn die dem Normenkontrollrat übertragene Verantwortung von Anfang an ausgefüllt werden soll.

zu § 3 Abs. 5:

Die Mitglieder des Normenkontrollrats werden einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sein. Sie sollen den Erfüllungsaufwand sämtlicher Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen des Thüringer Landesgesetzgebers mit Ausnahme solcher, die lediglich Bundesrecht oder verbindliches europäisches Recht umsetzen, Zuständigkeiten oder Zustimmungsbedürfnisse zu Staatsverträgen betreffen oder sich auf haushaltsrechtliche Regelungen erstrecken, einschätzen und die Möglichkeiten der elektronischen bzw. digitalen Bearbeitung der damit geregelten Vorgänge ausloten.

Auch wenn der Normenkontrollrat in zeitlichen Abständen zusammentreten wird, dürfte die Wahrnehmung der von seinen Mitgliedern übernommenen Verantwortung voraussichtlich einer Vollzeitstelle entsprechen. Von daher erscheint es notwendig, nähere Regelungen zur Finanzierung dieser Tätigkeit zu treffen, wobei zu differenzieren ist, ob es sich bei den Mitgliedern des Normenkontrollrats um Angestellte oder Selbständige handelt.

Wir schlagen vor, im ersten Fall gesetzlich die Zahlung einer Entschädigung in Höhe der Personalkosten an die „entsendende“ Organisation vorzusehen, unter der Voraussetzung, dass das Beschäftigungsverhältnis zwischen ihr und dem Mitglied des Normenkontrollrats fortbesteht.



Für Mitglieder des Normenkontrollrats, die unmittelbar vor ihrer Wahl mindestens 5 Jahre selbständig waren, wäre es aus unserer Sicht durchaus angemessen, wenn sich die Höhe der ihnen zustehenden Entschädigung an der für Abgeordnete des Thüringer Landtags geltenden Regelungen orientiert. Dies entspräche nicht nur dem gesetzgeberischen Ziel der Sicherung der Unabhängigkeit des Normenkontrollrats (und seiner Mitglieder). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Zeit, in der sich die Mitglieder des Normenkontrollrats dem gesetzgeberischen Anliegen widmen, für ihre Wahrnehmung ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit - und ggf. auch für die Akquise anderer Aufträge - fehlt.

Würde man dies anders sehen, wären nur große wirtschaftliche Einheiten, Kanzleien und Büros in der Lage, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter für die Mitgliedschaft in den Normenkontrollrat abzustellen. Das erscheint nicht sachgerecht, weil gerade kleinere Kanzleien und Büros unter unnötiger Bürokratie besonders leiden, die aber für die Absicherung der von ihnen erbrachten Dienstleistungen besonders im ländlichen Raum unverzichtbar sind.

Zu § 3 Abs. 7:

Die für den Normenkontrollrat vorgesehenen Möglichkeit, die Landesregierung bzw. federführende Ressorts zu ersuchen, den Erfüllungsaufwand bestehender Vorschriften zu erfassen, ist zu begrüßen. Analog sollte auch für neue Gesetzentwürfe gelten, dass der prognostische Erfüllungsaufwand auf Ersuchen dargestellt werden soll und Möglichkeiten benannt werden, mit welchen Methodiken dieser im Wege der Evaluierung nachträglich gemessen werden kann.

*

Wir sind uns sicher, dass unter Berücksichtigung unserer Stellungnahme das zu verabschiedende Gesetz geeignet ist, unnötige Bürokratie wirksam zu bekämpfen und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Thüringer Wirtschaft zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag:

KOPIE

i.v. f3h

03.02.2022

A2/Me.

THUR. LANDTAG POST
03.02.2022 10:23

320012022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

A 6.1

4/2/22

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG)		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmer*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung Einführung Normenkontrollrates (Anti-Bürokratiekommission) - Durch die Errichtung des Normenkontrollrates würde dem Landtag ein Stück seiner legislativen Gewalt entzogen. - Verfassungsrechtlich wohl zu beanstanden ist überdies, dass der Landtag einen Ausschnitt der regierungsinternen Gesetzesvorbereitung regeln würde und damit den Grundsatz der Gewaltenteilung verletzt. - Bei sozialen Aspekten ist zu befürchten, dass der Normenkontrollrat seine Funktion nur unzulänglich ausfüllen könnte. - In § 2 Absatz III Satz 3 des Entwurfs ist statuiert, dass der Normenkontrollrat die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regelung betrachten kann. Dies ist verfassungsrechtlich besonders bedenklich. - Die ebenfalls in § 3 Absatz III Satz 2 des Entwurfs geregelte Verteilung der Sitze im Normenkontrollrat, weist eine erhebliche Unwucht zulasten der abhängig Beschäftigten auf. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 03.02.2022	

THÜR. LANDTAG POST
25.01.2022 14:49

22/14/2022

ver di

Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

ver.di • LBz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thür. • Karl-Liebknecht-Str. 30-32 • 04107 Leipzig

per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen
Karl-Liebknecht-Str. 30-32
04107 Leipzig

**Den Mitgliedern des
AfEKM**

**Den Mitgliedern des
AfWWDG**

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1689

zu Drs. 7/4084NF

Datum

25. Januar 2022

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Tel.-Durchwahl

Fax-Durchwahl

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

– Drucksache 7/4084 Neufassung –

hier: Stellungnahme ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages,

im Namen des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (SAT) bedanken wir uns für die Zusendung des oben genannten Gesetzentwurfs und für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Grundsätzlich fordert der ver.di Landesbezirk SAT, dass Gesetzgebung mit einer effektiven Folgenabschätzung verbunden sein soll. Die Einführung eines Normenkontrollrates (Anti-Bürokratiekommission) wird hingegen abgelehnt. Er würde Gesetze anhand falscher Prämissen überprüfen, es würde ihm an der nötigen demokratischen Legitimation mangeln und er wäre einseitig unternehmensnah besetzt.

Die Gestaltung und Verabschiedung von Gesetzen ist in einem demokratischen Staate die wichtigste und vornehmste Aufgabe der demokratisch gewählten Volksvertreter. Nur sie haben die für den Geltungsbefehl erforderliche Legitimation. Weshalb der demokratisch legitimierte Thüringer Landtag einen Normkontrollrat einrichten soll, der mit Personen besetzt wird, die nicht demokratisch legitimiert sind, aber für die Überprüfung der Landesgesetze zuständig sein sollen, erschließt sich nicht. Durch die Errichtung des Normenkontrollrates würde dem Landtag ein Stück seiner legislativen Gewalt entzogen. So wurden gegen die Erweiterung der Befugnisse des Nationalen Normenkontrollrates in der 17. Wahlperiode des Bundestages durch die anzuhörenden Sachverständigen verfassungsrechtliche Bedenken erhoben, da die Prüfung von Gesetzentwürfen aus der Mitte des Bundestages durch den Normenkontrollrat eine Beeinträchtigung des

freien Mandats bedeuten würde. Verfassungsrechtlich wohl zu beanstanden ist überdies, dass der Landtag einen Ausschnitt der regierungsinternen Gesetzesvorbereitung regeln würde und damit den Grundsatz der Gewaltenteilung verletzt. Nicht durch Wahlen legitimierte Akteure können Informationen beitragen, beraten und sollen durch Anhörung eingebunden werden. Eine unmittelbare Einbindung in den legislativen Prozess gleich einem Verfassungsorgan ist zu vermeiden. Aus den genannten Gründen erhebt die ver.di verfassungsrechtliche Bedenken.

Daneben bestehen auch grundlegende inhaltliche Bedenken. Ein hochentwickelter Rechtsstaat wie die BRD braucht eine ausdifferenzierte Bürokratie. Insbesondere darf nicht in Frage gestellt werden, dass Gesetze kontrollierbar und bei Verstößen sanktionierbar sein müssen. Nach dem Gesetzentwurf ist es die Aufgabe des Normenkontrollrates, auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtssetzung zu beraten. Er prüft ferner die Darstellung des Erfüllungsaufwands und der Gesetzesfolgekosten auf ihre Nachvollziehbarkeit und Methodengerechtigkeit. Eine gesamtwirtschaftliche Prüfung, welche auch Folgekosten mit einbezieht wird nicht durchgeführt. Der Gesetzentwurf begegnet also nicht der Problematik, dass vielfältige Faktoren bei der Prüfung des Zeit- und Kostenaufwands heranzuziehen sind. So prüft beispielsweise der Normenkontrollrat in Baden-Württemberg auch die Darstellungen und Ergebnisse des Nachhaltigkeitschecks. Auch soziale Aspekte finden im vorgelegten Gesetzentwurf keine Erwähnung. Es steht daher zu befürchten, dass der Normenkontrollrat seine Funktion nur unzulänglich ausfüllen könnte. Darüber hinaus ist sogar davon auszugehen, dass durch die Tätigkeit des Normenkontrollrates ein Klima genährt würde, in dem jedes staatliche Tun abgewertet würde, da allein die damit verbundenen unmittelbaren Kosten in den Blick genommen werden sollen. So geht auch die Gesetzesbegründung ohne weitere Ausführung davon aus, dass ein schlanker Staat erstrebenswert sei, da dieser sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren könne und so effektiver zur Verbesserung des Gemeinwohls beitragen könne. Historisch hat sich hingegen gezeigt, dass ohne staatliche Intervention (und gewerkschaftliche Organisation) lediglich ein kleiner Teil der Gesellschaft im Wohlstand, der mit Abstand größere Teil aber in Armut lebt und die Umwelt zerstört wird. So ist das Leitbild der ver.di für einen guten Staat ein handlungsfähiger aktiver Staat, der für sozialen Ausgleich sorgt, eine umfassende Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Zukunft investiert, Umwelt- und Klimaschutz betreibt sowie Diskriminierung abbaut. Hierfür ist eine ausdifferenzierte Verwaltung unabdingbar. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Beschäftigtenschutz (z.B. Ladenöffnungsgesetz) und die Stärkung der Sozialpartner (z.B. Vergabegesetz) keine überflüssige Bürokratie darstellen.

Neben den bis hier vorgebrachten Bedenken grundsätzlicher Natur, bestehen auch Kritikpunkte hinsichtlich einzelner Regelungen des Gesetzentwurfs:

In § 2 Absatz III Satz 3 des Entwurfs ist statuiert, dass der Normenkontrollrat die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regelung betrachten kann. Dies ist verfassungsrechtlich besonders bedenklich. Der vorgelegte Gesetzentwurf geht damit auch über die Regelungen zum nationalen Normenkontrollrat oder die VwV Normenkontrollrat in Baden-Württemberg hinaus. Dort sind die Ziele und Zwecke der Regelung nicht Gegenstand der Prüfungen.

Der Begriff Arbeitnehmervereinigungen in § 3 Absatz III Satz 2 des Entwurfs ist unpräzise. Es bietet sich an, hier die ansonsten üblichen Bezeichnung „Spitzenorganisation der Gewerkschaften“ (vgl. § 95 ThürBG) zu verwenden, wobei diese um den Zusatz



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

„tariffähigen“ (also: Spitzenorganisationen der tariffähigen Gewerkschaften“) zu ergänzen ist, um Scheinorganisationen, die lediglich dem Namen aber nicht der Sache nach die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten, auszuschließen.

Die ebenfalls in § 3 Absatz III Satz 2 des Entwurfs geregelte Verteilung der Sitze im Normenkontrollrat, weist eine erhebliche Unwucht zulasten der abhängig Beschäftigten auf. Das Gremium hat sieben Mitglieder von denen fünf potentiell Arbeitgeber sind. Dies wäre unbedingt zu korrigieren. Problematisch erscheint zudem, dass andere Interessenverbände (z.B. Umwelt- und Naturschutzverbände, Kirchen, Interessenverbände mit sozialen, ideellen oder gesellschaftspolitischen Zielen, etc.) überhaupt nicht berücksichtigt wurden.

Nach § 4 Absatz VI und VII des Entwurfs können auch bereits bestehende Regelungen auf Aufforderung durch den Landtag, die Landesregierung oder auf Eigeninitiative durch den Normenkontrollrat überprüft werden. Dies ist verfassungsrechtlich bedenklich.

Mit freundlichen Grüßen

Zu Z7/1690

THUR. LANDTAG POST
08.02.2022 10:20

36M/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (ThürABKG) (DRS 7/4084)		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Bund der Steuerzahler Thüringen e.V. Steigerstraße 16 99096 Erfurt	
	Organisationsform	
	eingetragener Verein, Scheinmitglied	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Steigerstraße 16	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	↓	
	Postleitzahl, Ort	
	99096, Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Steuer- & Abgabensenkung, Steuergeldverschwendung stoppen, Bürokratie abbauen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- weniger Bürokratie ist unterstützenswert - ABK jedoch eher kein geeignetes Mittel	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Erfurt, 28.01.2022	
---	--

THÜR. LANDTAG POST
25.01.2022 15:22

2234/2022



**Bund der Steuerzahler
Thüringen e.V.**

Bund der Steuerzahler Thüringen e.V. • Steigerstr. 16 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

via Mail an poststelle@thueringer-landtag.de

Steigerstraße 16
99096 Erfurt

Telefon: 03 61 – 21 70 79-0
Telefax: 03 61 – 21 70 79-9
info@steuerzahler-thueringen.de

www.steuerzahler-thueringen.de

Erfurt, 25.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zunächst bedanken wir uns für die Möglichkeit, innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens Stellung zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (DRS 7/4084) nehmen zu können.

Im Grundsatz unterstützen wir die Intention der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag zu Bürokratieabbau und -vermeidung. Es ist unerlässlich, die bürokratischen Hürden für alle Beteiligten herabzusetzen und langfristig abzubauen. Ob der im Gesetzentwurf genannte Normenkontrollrat das geeignete Mittel zur Beseitigung von Bürokratie ist, ziehen wir jedoch in Zweifel.

In §1 fordert der Antragsteller, dass der Gesetzgeber – unabhängig davon, wer die Landesregierung stellt – ein weiteres in der Staatskanzlei angesiedeltes Gremium, den Thüringer Normenkontrollrat, benötige, um „[...] die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung zu beraten und zu unterstützen.“ Unserem Verständnis nach haben die Abgeordneten aller Fraktionen einen Kontrollauftrag gegenüber der Landesregierung, dem sie – je nach politischem Betätigungsfeld – inhaltlich nachkommen. Dass dabei auch gesondert auf die bürokratischen Aufwendungen für Verwaltung und natürliche und juristische Personen im Zusammenhang mit neuen und geänderten Gesetzen geachtet wird, erachten wir als Teil der politischen Willensbildung der Abgeordneten und ihrer Fraktionen.

Der Bund der Steuerzahler Thüringen e.V. plädiert nochmals ausdrücklich für die Intention des Antrages. Der Umsetzung des Zieles von weniger Bürokratie aber mit einem weiteren Gremium zu begegnen, das zusätzliche materielle, finanzielle und personelle Aufwendungen benötigt, halten wir für kein probates Mittel zur Zielerreichung. So werden die Befugnisse des Normenkontrollrates recht weit ausgelegt (§5), u.a. mit der Durchführung von Anhörungen, dem Abfordern von Sonderberichten oder auch der Beauftragung von Gutachten, die allesamt Kosten für den Steuerzahler verursachen. Die Berichte, die der Normenkontrollrat dann jedoch gibt, sollen nichtöffentlich sein. Das schafft keine Transparenz beim Steuerzahler und sorgt insgesamt für einen höheren bürokratischen Aufwand, der letztlich der Zielstellung widerspricht.



**Bund der Steuerzahler
Thüringen e.V.**

Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler steht mit dem Landesrechnungshof Thüringen auch bereits ein hervorragendes und politisch unabhängiges Instrument zur Normenkontrolle zur Verfügung. Es wäre daher eher angebracht, die Position des Landrechnungshofes zu stärken und diesen auch vorab in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen.

Die Pandemie und der Umgang mit ihr in den Kommunen, im Freistaat und dem Bund machen deutlich, dass Deutschland und auch der Freistaat dringend ein abgestimmtes Vorgehen in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung benötigten. Aus unserer Sicht kann dem nach wie vor überdimensionierten bürokratischen Aufwand deutscher Behörden und Institutionen nur damit begegnet werden, eine funktionierende, transparente und trotzdem sichere digitale Verwaltung aufzubauen. Der Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion trägt aus unserer Sicht nicht zum Abbau oder der Vermeidung bürokratischer Hürden bei.

An der mündlichen Anhörung zu o.g. Gesetzesinitiative können wir leider nicht teilnehmen.

Wir freuen uns dennoch, auch weiterhin bei der Beratung dieses und artverwandter Gesetzentwürfe beteiligt zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission, Gesetz der Fraktion der CDU, - Drucksache 7/4084 Neufassung -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Wirtschaftsjunioren Thüringen	e.V. c/o IHK
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 34
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?												
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -												
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband der Wirtschaft Thüringens</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lössinsstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Wirtschaft Thüringens	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lössinsstraße 1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt	
	Name	Organisationsform										
	Verband der Wirtschaft Thüringens	e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lössinsstraße 1										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname										
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer												
	Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir befürworten die Umsetzung eines NKR. Sein Schwerpunkt sollte der Bürokratieabbau ggü. der Thüringer Wirtschaft sein. Dazu sollte er nicht an Legislaturen gebunden sein. Ebenso sollte Thüringen sich auf Bundes- und EU-Ebene für Entlastungen stark machen und entsprechende Vorgaben auf Landesebene nicht verschärfen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
EF; 24.02.2021

2177/2022

Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.



**Stellungnahme
zu dem Beratungsgegenstand
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission
(Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG)
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/4084 Neufassung**

Anmerkungen zum Entwurf

Die geplante Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrates wird vom Verband der Wirtschaft Thüringens ausdrücklich begrüßt.

Dabei sollte die Anbindung an bestehende Strukturen (z. B. Clearingstelle, Normenprüfstelle) und Vorgänge (z.B. interministerielle Abstimmungen) sichergestellt sein.

Der Bürokratieabbau gegenüber der Thüringer Wirtschaft muss Priorität haben. Zwar wird er mit Recht als Querschnittsthema von auch gesellschaftlicher Relevanz begriffen, doch vor allem bei der gewerblichen Wirtschaft wird Bürokratie zum Standortfaktor.

Des Weiteren sollte sich der Rat grundsätzlich auch mit der Frage beschäftigen, ob die geprüften Regelungen einen erfolgversprechenden Weg zum Ziel weisen.

Die Anwendung des Standardkostenmodells begrüßt der Verband der Wirtschaft Thüringens ebenfalls ausdrücklich. Wo es zur Anwendung kommt, hat es sich bewährt und bietet damit die Möglichkeit die erzielten Erfolge zu analysieren und als Standortfaktor darzustellen.

Da der Rat keine Eingriffsmöglichkeiten in demokratische Strukturen und Abläufe besitzt ist eine Wahl aus unserer Sicht nicht notwendig. Wir haben eher die Sorge, dass der Rat damit Spielball politischer Interessen werden könnte. Gerade Aufsichts- und Kontrollgremien sollten aber vor allem überparteilich und unabhängig von Legislaturperioden arbeitsfähig sein. Eine zur Legislatur asynchrone Berufung ist eine Möglichkeit, dies sicherzustellen. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass wesentliche Themen auch über Legislaturperioden hinweg bearbeitet und immer wieder aufgerufen werden. Bei einer asynchronen Amtszeit kann der Rat hier in besonderem Maße beratend tätig sein. Das Diskontinuitätsprinzip muss aus unserer Sicht hier keine Anwendung finden.

Die Besetzung mit Praktikern begrüßen wir besonders - hier bietet sich an, die Benennungen über die verfasste Wirtschaft durchzuführen. So kann nicht nur Praxisnähe, sondern auch eine Abbildung der Wirtschaftsstruktur grundsätzlich erreicht werden.

Die breit angelegten Befugnisse des Thüringer Normenkontrollrates begrüßen wir mit Blick auf die Wirksamkeit des Gremiums ebenfalls. Dem entsprechen aus unserer Sicht auch die wechselseitig festgelegten Rechte und Pflichten von Landesregierung und Normenkontrollrat. Insbesondere die Pflicht der Landesregierung, ein Abweichen von den Empfehlungen zu begründen, kann zur Transparenz und besserem Verständnis der Rechtslage führen, ohne dass die Regierung in ihrem Handeln eingeengt wird.

Darüber hinaus sollte die Tätigkeit des Rates sich auch auf von Legislative oder Exekutive verabschiedete Strategien erstrecken. Diese haben zwar keine Gesetzeskraft, dienen aber entweder als Arbeitsgrundlage hierfür oder werden dazu in Bezug gesetzt. Damit tragen sie potenziell mittelbar zum Bürokratieaufwuchs bei.

Noch zu regeln wäre aus unserer Sicht, zu welchem Zeitpunkt der Rat über anstehende Verfahren informiert wird. Er sollte ab Erstellung eines Referenten- oder Gesetzesentwurfes über das gesamte Verfahren hinweg bis zur endgültigen Landtagsbefassung (bei Strategien bis zum Kabinettsbeschluss) eingebunden werden.

Forderungen der Wirtschaft

Bürokratieentlastung als Standortvorteil begreifen: Bürokratieentlastung ist kein Selbstzweck. Sie dient dazu, die Mitarbeitenden in den Betrieben von nicht wertschöpfenden Tätigkeiten zu entlasten. Weniger Bürokratie führt zu mehr Wertschöpfung. Damit kann der Weg freigemacht werden für Investitionen und Wachstum am Standort. Das ist nicht nur bei der Bewältigung der Corona-Krise hilfreich, sondern vor allem bei den anstehenden Herausforderungen durch den Struktur- und demographischen Wandel dringend geboten.

Ein Preisschild für jede Maßnahme: Die dem Verband der Wirtschaft häufig gestellte Frage, welche Maßnahme welche Kosten verursacht, verlagert das Problem vom Verursacher weg zum Betroffenen.

Grundsätzlich ist jeder Betrieb von unterschiedlichen Vorgaben betroffen und verfügt über individuelle Möglichkeiten, diese zu bearbeiten. Was in einem Betrieb problemlos bearbeitet werden kann, mag einen anderen über Gebühr beanspruchen. Im betrieblichen Alltag werden die vorgegebenen Maßnahmen im Rahmen des Tagesgeschäftes bearbeitet, dabei wird nicht Buch einzelne Vorgänge geführt.

Wir lehnen diese Beweislastumkehr entschieden ab. Die Kosten- und Folgenabschätzung - das "Preisschild" - ist Aufgabe des Gesetz- bzw. Verordnungsgebers, nicht der Adressaten.

Wider das Gulliver-Prinzip: Bei der Verabschiedung von Gesetzen und dem Erlass von Verordnungen wird gerne darauf verwiesen, dass es nicht der jeweilige Vorgang sei, der die Belastungen auf ein unerträgliches Maß heben würde. Diese Argumentation vernachlässigt aber, dass sich die Vielzahl der Belastungen aufsummiert und an vielen Stellen die Betriebe regelrecht fesselt.

Bessere Rechtsetzung muss vor Normenkontrolle stehen: Wiewohl die Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrates sinnvoll und daher auch eine Forderung der Wirtschaft ist, sollte beachtet werden, dass die Normenkontrolle nachgelagert ist. Besser wäre es, wenn Gesetze und Verordnungen von vornherein schlank und wettbewerbsfreundlich gestaltet wären.

Der Freistaat muss sich über seine Grenzen hinaus für seine Betriebe stark machen: Häufig wird darauf verwiesen, dass die meisten Belastungen aus Regelungen der Europäischen Union und des Bundes stammten. Die Schlussfolgerung, dass Thüringen hier keine Handlungsoptionen hätte, ist falsch. Etliche Regelungen können auf Landesebene ausgestaltet werden. In Thüringen wurde dabei in der Vergangenheit über die Vorgaben hinaus gegangen. Dies darf nicht der Fall sein. Gerade hier kann ein Normenkontrollrat analytisch tätig werden und Potenziale aufzeigen. Diese ließen sich dann über verschiedene Gremien im Austausch der Länder, Fachministerkonferenzen, die Ministerpräsidentenkonferenz, der Landes- und Bundesebene und nicht zuletzt über den Bundesrat heben. Die Bundesratspräsidentschaft im Jahr 2022 bietet hier einen Ansatzpunkt, zu zeigen, dass es Thüringen mit dem Bürokratieabbau wirklich ernst ist.

Erfurt, den 24.02.2022

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Bau-Industrieverband Hessen-Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Blosenburgerstraße 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bau-Industrieverband Hessen-Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgerstraße 4	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Bau-Industrieverband Hessen-Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgerstraße 4									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>		<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Odeonsplatz 4
	Postleitzahl, Ort	80539 München
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürokratieabbau in Bayern	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Bürokratieabbau in Bayern u.a. Funktion und Arbeitsweise Beauftragter, Praxis-Check - Ausführungen zum ThürABKG u.a. Beratungs - und Prüfmandat; Praxis-Untersuchungen; Personelle Besetzung - Ausblick u.a.enge Begleitung länderübergreifender Zusammenarbeit durch politische Mandatsträger	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
München, 21.01.2022	



Beauftragter für Bürokratieabbau
der Bayerischen Staatsregierung



Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung · Postfach 22 15 55 · 80505 München

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
21.01.2022 13:12

1888/2022

München, 21. Januar 2022

**Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission
(Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)**
-Anhörung gem. § 79 GO des Thüringer Landtags am 28.01.2022 in Erfurt-

Anlagen: **Stellungnahme des Beauftragten für Bürokratieabbau
der Bayerischen Staatsregierung,**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit an der mündlichen Anhörung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages zum Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission teilzunehmen.

In Vorbereitung der Sitzung übersende ich Ihnen meine Stellungnahme nebst Anlagen. Da es sich bei den Anlagen um Auszüge aus der bisher unveröffentlichten Jubiläumsfestschrift anlässlich meiner 5-jährigen Tätigkeit als Beauftragter handelt, bitte ich von einer Weitergabe an Dritte bis zur Veröffentlichung abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen,



Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung · Postfach 22 15 55 · 80505 München

**Stellungnahme des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen
Staatsregierung,**

zum

**Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission
(Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)**

-Anhörung gem. § 79 GO des Thüringer Landtags am 28.01.2022 in Erfurt-

Anlagen: Anlage 1 - Auszug Jubiläumsfestschrift, Übersicht Praxis-Check
 Anlage 2 - Auszug Jubiläumsfestschrift, Beauftragter und Team

Die Etablierung eines praxisnahen Normenkontrollgremiums erachte ich als elementaren Baustein eines zielorientierten und effektiven Bürokratieabbaus. Die gesetzliche Legitimation und die Verankerung von Rechten und Befugnissen ist für eine erfolgreiche Arbeit einer Anti-Bürokratiekommission notwendig und wegweisend.

I. Bürokratieabbau in Bayern

Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung

1. Der Bürokratieabbau hat in Bayern einen hohen Stellenwert. Als eine wichtige Säule ist die Funktion des Beauftragten für Bürokratieabbau durch das Bayerische Beauftragtengesetz (BayBeauftrG) und die Beauftragten-Bekanntmachung (BeauftrBek) verankert und legitimiert.

Als Beauftragter für Bürokratieabbau setze ich mich neben der fachlichen Prüfung neuer sowie bestehender Normen, vor allem für eine praxisnahe Umsetzung und eine themenbezogene Entbürokratisierung der bayerischen Normenlandschaft ein.

Die ehrenamtliche Tätigkeit als Beauftragter übe ich seit dem 15. Februar 2017 aus.

2. In meiner Funktion als Beauftragter für Bürokratieabbau stehe ich nicht nur der Bayerischen Staatsregierung als unabhängiger und ressortübergreifender Berater zur Seite, sondern bin direkter Ansprechpartner für Anregungen und Anliegen einzelner Bürgerinnen und Bürger, von ehrenamtlich Tätigen, Kommunen, Unternehmen, Verbänden und anderen Organisationen sowie der Bayerischen

Verwaltung (vgl. Art. 2 Abs. 1 S. 3 BayBeauftrG). Insbesondere durch den engen Austausch mit Betroffenen aus der Praxis und den Ministerien können bürokratische Hürden aufgedeckt und zielgerichtet überwunden werden.

Wichtig sind mir neben einer praxisnahen Folgen- und Folgekostenabschätzung die transparente Durchführung von Normungsverfahren. Bei komplexeren Normänderungen fordere ich zum Beispiel synoptische Gegenüberstellungen alt/neu, damit auch weniger mit der Rechtsmaterie vertraute Personen die Änderungen nachvollziehen können. Mit Blick auf die technische Normung, welche häufig sehr eng mit staatlich veranlasster Bürokratie in Verbindung steht, setzte ich mich bei der Überarbeitung des Normungsverfahrens (DIN 820) und als Mitglied im DIN-Normenausschuss „Grundlagen der Normungsarbeit“ (NAGLN) fortlaufend für eine praxisbezogene Normgebung ein.

3. Einen Schwerpunkt in meiner Arbeit lege ich auf den Austausch mit Betroffenen. Die Nähe zur Praxis ist mir besonders wichtig, denn ich bin der festen Überzeugung, dass nur anhand von praktischen Beispielen, der Erfahrung und der Einbindung Betroffener gute und umsetzbare Vorschriften geschaffen werden.

Mit Blick auf eine effektive Tätigkeit wurde daher auf meine Initiative hin, im Juli 2018 die Einführung eines **Praxis-Checks** durch das Bayerische Kabinett beschlossen und dieser in den Organisationsrichtlinien verankert.

Im Praxis-Check prüfe ich mit meinem Team staatliche Regelungen in einem realitätsnahen Testlauf auf ihre Praktikabilität. Ziel ist es, mögliche Probleme bei der Umsetzung frühzeitig zu erkennen. Gleichzeitig möchten wir die Verantwortlichen in Ministerien und nachgelagerten Behörden stärker für den Bürokratieabbau sensibilisieren, um für künftige Regelungen mehr Praxisbezug zu erreichen. Gegenstand des Praxis-Checks sind Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Vollzugshilfen, Handreichungen, Leitfäden oder Merkblätter. Der Praxis-Check ist auch geeignet, um nach Inkrafttreten einer neuen Regelung herauszufinden, ob das mit der Regelung verfolgte Ziel tatsächlich erreicht werden kann.

*Weitere Einzelheiten zum Praxis-Check in Bayern können Sie der als **Anlage 1** beigefügten Übersicht entnehmen.*

Bei meiner Tätigkeit werde ich von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meiner Geschäftsstelle unterstützt, die sich im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat befindet.

*Weitere Einzelheiten zu meinem Team und mir finden Sie in der als **Anlage 2** beigefügten Übersicht.*

II. Thüringer Normenkontrollrat – ThürABKG

1. Durch das dem Thüringer Normenkontrollrat gesetzlich eingeräumte Beratungs- und Prüfungsmandat, kann die Aufgabe des Bürokratieabbaus zielführend wahrgenommen werden.

Die Überprüfung der Darstellung von Erfüllungsaufwand und Folgekosten sowie erforderlicher Verwaltungsprozesse ist im ThürABKG ausdrücklich normiert.

Dies ist aufgrund der hohen Bedeutung für die betroffenen Kreise sehr zu begrüßen und sollte als eines der Kernthemen des Bürokratieabbaus erkannt werden.

2. Neben den normierten Arbeitsinstrumenten wie dem Standardkostenmodell, ist die gesetzliche Verankerung einer Praxis-Untersuchung geplanter Regelungen richtig und notwendig. In meiner Arbeit erweist sich der Praxis-Check als effektives und tragendes Instrument, um bürokratische Hürden aufzudecken und praxisorientierte Lösungen zu entwickeln.
3. Für zielführend und erfolgsversprechend halte ich die Besetzung des Thüringer Normenkontrollrates mit Mitgliedern aus der Praxis. Die klaren Vorgaben stellen dabei eine gleichmäßige Berücksichtigung der Belange verschiedener betroffener Bereiche dar. So wird auch die erforderliche Praxisnähe zielführend sichergestellt. Das Initiativrecht des Normenkontrollrates eröffnet dabei die Möglichkeit, Anliegen und Anregungen betroffener Kreise aufzugreifen und einzubringen.

Anregen möchte ich aufgrund meiner positiven Erfahrungen in Bayern, die Berücksichtigung von Anliegen Betroffener ausdrücklich im ThürABKG zu verankern und deren Bedeutung für den Bürokratieabbau somit hinreichend zum Ausdruck zu bringen.

Als positiv erachte ich zudem die Verbindung meiner Funktion als Beauftragter für Bürokratieabbau mit der Schlagkraft meines politischen Mandats. Die Bestrebungen des Bürokratieabbaus kann ich so mit der erforderlichen Gewichtigkeit voranbringen.

III. Ausblick

Landes- und Bundesverwaltung müssen praxisorientierter denken, vom Entwurfsstadium bis zur Umsetzung einer Vorschrift. Sehr zu begrüßen ist die ausdrückliche Verankerung einer **länderübergreifenden Zusammenarbeit** im ThürABKG. Da Bürokratie in den wenigsten Fällen an der Landesgrenze Halt macht, ist für ein effektives Vorankommen des Bürokratieabbaus ein regelmäßiger länderübergreifender Austausch wichtig.

Zunehmend setzen Bundesländer Normenkontrollräte oder andere Organe zum Abbau von Bürokratie ein. Für eine zielführende Zusammenarbeit in geeigneten Fällen halte ich den Schulterschluss in Form einer **durch politische Mandatsträger eng begleiteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe** für erstrebenswert. Meine Erfahrung aus 5 Jahren Bürokratieabbau in Bayern bringe ich dabei gerne ein.

Mit freundlichen Grüßen

KOPIE

THÜR. LANDTAG POST

17.02.2022 07:23

4431/2022

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz (ThürABKG) DIS. 714084 NF		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Open Source Ecology Germany e.V.	
	Organisationsform	
	eingetragener Verein (gemeinnützig)	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Knobelsdorffstr. 22	
	Postleitzahl, Ort	
14059 Berlin		
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Open Source Ecology Germany e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Ziel die Entwicklung und Verbreitung von nachhaltigen Open Source Hardware Projekten ist.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	OSE Germany begrüßt Maßnahmen zum Bürokratieabbau, um Gründungsbarrieren für Open-Source-Hardware-Unternehmungen abzubauen, schlägt jedoch Maßnahmen zum Schutz von Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards vor, schlägt die Einbindung externalisierter Kosten in das Berechnungsmodell vor, fordert ein kompetenzbasiertes Besetzungskriterium und Online-Tools zur Einbindung von Bürokratieabbauvorschlägen aus der Bevölkerung und empfiehlt die öffentliche und maschinenlesbare Bereitstellung aller etwaigen Gutachten und Korrespondenzen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

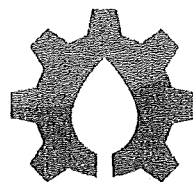
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, den 15.02.2022	



OPEN SOURCE
ECOLOGY
GERMANY e.V.

Kriobelsdorffstr. 22 | 14059 Berlin
ose-germany.de



An die Mitglieder des
Ausschusses für Europa, Kultur und Medien
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Vereinsvorstand

E-Mail:

verein@ose-germany.de

Ansprechpartner

Vorsitzender:

Tel.:

THÜR. LANDTAG POST
26.01.2022 08:50

2276/2022

Berlin, 25.01.22

Stellungnahme von Open Source Ecology Germany e.V. zum Gesetzentwurf der Thüringer Landtagsfraktion der CDU

*Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission
(Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG)*

1. Einleitendes

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 7/4084) wird die Einrichtung eines Normenkontrollrates ähnlich des Nationalen Kontrollrates (NKR) und der Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen auf Thüringer Landesebene beabsichtigt, der mittels One-in-One-out-Prinzip einen Aufwuchs des Verwaltungs- und Erfüllungsaufwands verhindern soll. Bei der Prüfung sollen angestrebte Ziele und Zwecke nicht berücksichtigt werden. Die Beurteilung soll sowohl für Gesetzentwürfe der Landesregierung als auch der Abgeordneten sowie Rechtsverordnungen gelten. Der Gesetzentwurf wurde im Vorfeld vor allem mit vereinfachten Voraussetzungen für Unternehmen und Privatpersonen begründet.

Open Source Ecology Germany e.V. (OSEG) ist ein 2016 gegründeter und als gemeinnützig anerkannter Verein zur Förderung von Forschung und Bildung im Bereich offener und frei modifizierbarer technischer Dokumentationen und Produkte. Der Verein führt hierzu Bildungs- und Beratungsleistungen, Forschungsprojekte und Netzwerkarbeit durch. Mit der DIN SPEC 3105 „Open-Source-Hardware“ erschien 2020 die erste freie Spezifikation des Deutschen Instituts für Normung. Seine Mitglieder tragen damit zur Vision des nachhaltigen Kreislaufwirtschaftens bei.

2. Allgemeines

Als Verein mit starker basisdemokratischer und zugleich dezentral-heterarchischer Prägung im operativen Tagesgeschäft seiner Mitglieder, begrüßt OSEG das Vorhaben, Richtlinien im Sinne der *Anwendbarkeit und Nachvollziehbarkeit* zu verschlanken. Niedrigschwellige Verwaltungsvorgänge und Open Data im Regierungs- und Verwaltungswesen sind Grundvoraussetzung für Transparenz und letztlich *Vertrauen in staatliche und regional verankerte Institutionen*. Auch für den wachsenden Bereich der Open-Source-Hardware, dessen Produktentwicklungsmethoden stark von Bottom-Up- und Crowdsourcing-Prozessen geprägt sind, könnte der Abbau bürokratischer Hürden dazu beitragen, *einfachere Gründungen und Markteinstiege* zu ermöglichen.

Jedoch zeigen sich bei der Bezugnahme auf das eigene Technologiefeld auch die Herausforderungen, die mit der Einrichtung eines Normenkontrollrats einhergehen würden und deren Lenkungswirkung nach unserer Ansicht nicht zu unterschätzen ist: Gerade im Bereich regulatorischer Vorgaben für Wirtschaft, Industrie und Handwerk, sind die impliziten Auswirkungen von Bürokratieabbau und Förderpolitik für Beschäftigtensicherheit und Arbeitsschutz, aber auch die langfristige Sicherung von Rohstoff- und Versorgungsfragen zu betrachten. Der Abbau von Verwaltungsvorschriften ist kein Selbstzweck. Vielmehr gilt es unserer Ansicht nach, effektive regulatorisch-administrative Werkzeuge zur Vereinbarung der mittelfristigen sozioökonomischen Entwicklung mit Maßnahmen des langfristigen Schutzes von Lebensgrundlagen im Freistaat zu finden.

3. Konkretes

§1 (4) – kein inhaltliches Prüfungsrecht

Bei der Einführung deutscher und europäischer Lieferkettengesetze sorgten die Interventionen des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) für eine Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses, die den generellen Handlungsbedarf in Frage stellte.¹ Wir möchten daher die Frage aufwerfen, inwiefern ein möglicher Normenkontrollrat ohne inhaltliches Prüfungsrecht mit anderen Einrichtungen zusammenarbeiten kann, die sicherstellen können, dass durch den Abbau von regulatorischen Vorschriften keine Schädigung von sozialen oder ökologischen Belangen zu erwarten sind. Alternativ sind derartige Fragen gremienintern einzubinden. Angesichts vielfach identifizierter und zukünftig zu erwartenden Klimafolgen sowie gebotener bürgerschaftlicher Vertrauensbildung empfehlen wir daher, entsprechende Abwägungen – entgegen §1 (4) Entwurf ThürABKG – angemessen zu berücksichtigen.

¹ Vgl. exempl. <https://www.handelsblatt.com/politik/International/menschenrechte-gesamteinschaetzungnegativ-eu-fachleute-kritisieren-lieferkettengesetz-der-kommission/27309932.html>

Ein tagespolitisch unabhängiges, jedoch in strategische Zielsetzungen und Konsense eingebundenes Gremium, könnte damit in der Tat zur beabsichtigten „Verbesserung des Gemeinwohls“ und „schlanke[r] Verwaltung“ (bd. vgl. Begründung zum Entwurf ThürABKG) beitragen.

§3 (3) – Zusammensetzung des Normenkontrollrats

Die Berücksichtigung einer Gleichstellungsquote ist zu begrüßen. Ergänzend zur im Entwurf festgehaltenen, an Interessengruppen orientierten bzw. akteursbasierten Besetzung schlagen wir ein kompetenzbasiertes Besetzungskriterium vor. Es könnte dazu beitragen, dass im Gremium – unabhängig davon, in welcher Statusgruppe repräsentiert – Einschätzungen über technische Umsetzungsfragen und etwaige „Normkontrollfolgen“ für Querschnittsthemen wie Schutz persönlicher Daten, digitaler Infrastrukturen, sowie IT-Controlling und Erfolgskontrolle getroffen werden können.

§5 (3) – Zusammenarbeit mit anderen Gremien

Bei der Zusammenarbeit mit „vergleichbaren Einrichtungen des Bundes und der Länder“ (vgl. §5 (3), Entwurf ThürABKG) sowie europäischer Partner besteht zudem Aussicht auf die gemeinsame *Identifizierung von Transformationspfaden und übertragbarer Best Practices*. Wir sehen hierin zusätzliches Potential zur Reduzierung künftigen Verwaltungsaufwands und zur Initialen Schaffung von *Skalierungschancen für innovative Vorhaben von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)* und Gründungen durch harmonisierte Ausgangssituationen und Open Governments.

Sonstiges zur Arbeitsweise

Die unabhängige und kosteneffiziente Arbeitsweise des Normenkontrollrats in Form der digitalen Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und deren Entwürfen kann durch die Nutzung von Open-Source-Software gesteigert werden. Wir empfehlen die Prüfung, inwieweit der Freistaat damit Herstellerabhängigkeiten zum Nachteil regionaler Unternehmen vermeiden und zeitgleich selbst zur flexibel adaptierbaren Übernahme eigener Best-Practices beitragen kann.

4. Vorschläge

Mögliche Optionen zur Nachbesserung des vorliegenden Entwurfs sind daher folgende:

- Gebot zur eigenständigen oder kooperativen Prüfung möglicher Einschränkungen von Sozial-, Umwelt- und Klimaschutzstandards durch zu prüfende Dokumente und eigene Entlastungsvorschläge
- Einbindung externalisierter Kosten für Umwelt und zukünftige Generationen in das Ermittlungsmodell des Erfüllungsaufwands
- Dauerhafte Berücksichtigung von Expertisen zu Kreislaufwirtschaft und Klimagerechtigkeit, Digitalisierung und IT, sowie Sozialunternehmungen und Genossenschaften bei der Besetzung des Normenkontrollrats
- Bereitstellung von Online-Partizipationswerkzeugen zur barrierearmen Einbringung von Entlastungsvorschlägen aus der Bevölkerung
- „By-Design-Sicherstellung“ transparenter Arbeitsweise in Form von maschinenlesbarer und öffentlich zugänglicher Informationen zu Besetzung, Tagesgeschäft, Gutachten etc.

OSEG kann im Bedarfsfall weitere konzeptionelle Beratung anbieten, jedoch keine verbindliche Einschätzung über die rechtliche Zulässigkeit der Vorschläge vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz-ThürABKG), Gesetzentwurf der CDU-Fraktion - Drs. 7/4084 Neufassung -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der DGB Hessen-Thüringen lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf in Drucksache 7/4084 ab. Aus unserer Sicht besteht kein Bedarf für eine „Thüringer Anti-Bürokratiekommission“. Es erschließt sich nicht, wie hierdurch Rechtssetzung und Verwaltungspraxis „verbessert“ werden sollen. Stattdessen sehen wir die Gefahr, dass unter der Prämisse „Bürokratieabbau“ Deregulierungen und der Abbau von sozialen und ökologischen Standards sowie von Leistungen der öffentlichen Verwaltung vorangetrieben werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 14.03.2022	

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen: Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz-ThürABKG), Gesetzentwurf der CDU-Fraktion - Drs. 7/4084 Neufassung -

25. Januar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich im Namen des DGB Hessen-Thüringen für die Anhörung zu o.g. Gesetzentwurf und nehme dazu wie folgt Stellung.

1. Grundsatz

Der DGB Hessen-Thüringen lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf in Drucksache 7/4084 ab. Aus unserer Sicht besteht kein Bedarf für eine „Thüringer Anti-Bürokratiekommission“. Es erschließt sich nicht, wie hierdurch Rechtssetzung und Verwaltungspraxis „verbessert“ werden sollen. Stattdessen sehen wir die Gefahr, dass unter der Prämisse „Bürokratieabbau“ Deregulierungen und der Abbau von sozialen und ökologischen Standards sowie von Leistungen der öffentlichen Verwaltung vorangetrieben werden.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

Dem vorgesehenen Normenkontrollrat fehlt die demokratische Legitimation für die Definition, was „besser“ i. S. v. gesellschaftlich wünschenswert und notwendig ist. Bürokratieabbau klingt vielleicht gut, verkennt aber, dass alle Rechtsnormen einem Ziel dienen und nicht unabhängig davon beurteilt werden können. Die Dokumentationspflicht zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bspw. wurde durch die Arbeitgeberseite als „Bürokratiemonster“ bezeichnet, während sie das wichtigste Beweismittel für Beschäftigte ist, ihre gesetzlichen Ansprüche geltend zu machen. Insofern ist die Etablierung eines derartigen Gremiums auch demokratietheoretisch problematisch. Die Verfassungskonformität des Vorschlags ist zu prüfen. Nicht durch die Wähler:innen legitimierte Akteure können und sollen Informationen zu liefern und beraten. Sie dürfen aber keinen grundsätzlich privilegierten Zugang zur Rechtssetzung bekommen.

2. Zur Begründung

Die Fraktion der CDU beantragt, einen Thüringer Normenkontrollrat einzusetzen, um die Landesregierung „auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtssetzung zu beraten“ (§ 1 Abs. 2). *Besser* bedeutet hier scheinbar *billiger*, da es Aufgabe des Normenkontrollrats sein soll „die Darstellung des Erfüllungsaufwandes

und der Gesetzesfolgekosten“ zu prüfen und „Vorschläge zur Reduzierung des Erfüllungsaufwands, zu Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen und zur besseren Rechtssetzung“ zu unterbreiten (§ 1 Abs. 3).

Zum Thema „Schlanker Staat“ haben wir bereits in der Anhörung zur Drs. 7/1194, auf die sich die Fraktion der CDU bezieht, Stellung genommen. Das Leitbild der Gewerkschaften ist ein handlungsfähiger und aktiver Staat, der die Daseinsvorsorge umfassend gewährleistet, indem er für sozialen Ausgleich sorgt, Diskriminierung abbaut, Umwelt- und Klimaschutz befördert sowie für die Zukunft investiert. Dieser handlungsfähige Staat war und ist in der Pandemie besonders gefragt. Statt eines schlanken Staates als Selbstzweck müssen gesellschaftliche Ziele definiert und die zur Erreichung notwendigen Mittel bereitgestellt werden. — Um den vielfältigen Anforderungen von Bürger:innen, Unternehmen und Organisationen gerecht zu werden, sind eine gut ausgestattet, gut organisierte und damit leistungsfähige öffentliche Verwaltung notwendig. Der These, dass ein „schlanker Staat“, der sich auf Kernaufgaben (welche?) konzentriert, effektiver zur Verbesserung des Gemeinwohls beiträgt, treten wir klar entgegen. Dies wird durch die Realität ständig widerlegt.

Mit Blick auf den ursprünglichen Antrag liegt es nahe, dass hier Normen zum Beschäftigten-schutz als (überflüssige) Bürokratie qualifiziert werden. In den Forderungen der Fraktion der CDU zum Landeshaushalt werden unter dem Stichwort „von Bürokratie entfesseln“ eine „Vereinfachung“ des Vergabegesetzes und eine „Entbürokratisierung“ des Ladenöffnungs-gesetzes gefordert. —

Die DGB-Gewerkschaften lehnen den Abbau von Regelungen zum Sozial- und Beschäftig-tenschutz strikt ab. Sowohl das Vergabegesetz als auch das Ladenöffnungsgesetz sind zeit-gemäß und bringen die Interessen von Bürger:innen, Unternehmen und Beschäftigten in ei-nen Ausgleich. Allerdings müsste zur besseren Umsetzung des Thüringer Vergabegesetzes Verwaltungskapazität aufgebaut werden. Einzurichten sind Kontrollbehörden, die effektiv die Einhaltung der Vergabebedingungen von Land und Kommunen kontrollieren können und damit verhindern, dass faire Unternehmen Wettbewerbsnachteile haben. Davon würden gut wirtschaftende Unternehmen und deren Beschäftigte profitieren.

Erster Arbeitsauftrag der Anti-Bürokratiekommission soll „ein Praktikerbericht für machbare Datenschutzregeln“ sein.¹ Sicherlich können durch „Praktiker“ Impulse gegeben werden. Dafür ist aber keine Einrichtung einer Kommission nötig.

Die Frage des Erfüllungsaufwandes muss im Zuge der Gesetzesfolgenabschätzung behandelt werden. Dies ist aber nur ein Aspekt, der zusammen mit anderen Aspekten in die Abwägung in den dafür demokratisch legitimierten Gremien einzugehen hat. Art und Umfang einer Re-gelung festzulegen ist allein Parlament und Regierung vorbehalten. Dem Normenkontrollrat fehlt dafür die Legitimation. Dass „Ziele und Zwecke der Regelungen“ nicht Gegenstand der Prüfung sein sollen (§ 1 Abs. 4), ändert daran nichts, zumal der Rrat gleichzeitig die grund-sätzliche Notwendigkeit einer Regel prüfen können soll (§ 2 Abs. 3).

¹ Quelle: <https://www.cdu-landtag.de/assets/downloads/Positionspapier-der-CDU-Fraktion-zum-Haushalt-2022.pdf>

Der soziale und demokratische Rechtsstaat muss die Grund- und Bürgerrechte gegenüber der öffentlichen Hand und mittelbar auch gegen die Rechte einschränkende Dritte durchsetzen. Er ist dem Gemeinwohl verpflichtet und hat zu dessen Realisierung Recht zu setzen sowie Verfahren zu definieren. Pauschale Kritik an der „Bürokratie“ und auch an den dafür notwendigen Aufwendungen lehnen wir daher ab. Diese kann auch zu einem politischen Klima beitragen, das einen weiteren Stellenabbau befördert, in dem wichtige politische Entscheidungen und gesetzliche Regulierungen als prinzipiell unsinnig oder unnötig abgetan und die Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst abqualifiziert werden.

3. Zu den Regelungen im Detail

§ 1

Der Normenkontrollrat soll neue und bereits bestehende Normen „kontrollieren“. Dazu sollen die Darstellung des Erfüllungsaufwandes und der Gesetzesfolgen überprüft werden. Dies ist nahezu uferlos. Wie ein ehrenamtlich tätiges Gremium, u. A. mit „Praktikern“ aus der Wirtschaft besetzt, die Aufgaben nach § 1 i. V. m. §§ 4 bis 6 erfüllen soll, bleibt unklar.

Zu § 3

Es wird nicht geklärt, welche Qualifikation die Mitglieder des Normenkontrollrats haben sollen. Definiert wird lediglich, wo sie nicht hauptberuflich tätig sein dürfen (Abs. 4). Was bedeutet „Praktiker“ aus den Bereichen Industrie- und Handel, Handwerk und Freie Berufe? Die Aufzählung lässt an klassische Kammervertreter denken. Die Kammern haben jedoch kein allgemeinpolitisches Mandat; ihre Äußerungen müssen Bezug zu den Aufgaben ihrer Körperschaft haben. Sie sind absolut nicht legitimiert, auf die Rechtssetzung zu allen Regelungsbereichen in der hier intendierten Weise Einfluss zu nehmen. Dass hauptamtliche Kammer- und Verbandsvertreter angedacht sind, legt auch die umfängliche Aufgabenbeschreibung nahe. Diese Interessengruppen haben jedoch bereits gute Zugänge zur Landesregierung, sodass sie hier überrepräsentiert und ungerechtfertigt privilegiert wären.

Zudem vorgesehen sind je eine Vertreter:in „der Wirtschaftskammern und der Arbeitnehmervereinigungen“. An dieser Stelle sind wahrscheinlich die Sozialpartner gemeint, also die Vertretung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Die paritätische Einbindung der Sozialpartner in die Politikberatung begrüßen wir grundsätzlich. Sicher zu stellen ist aber der Interessenausgleich durch die gleichmäßige Repräsentanz beider Seiten. Mit der Aufzählung der „Praktiker“ und „Wirtschaftskammern“ scheint aber zumindest in Kauf genommen zu werden, dass vier Vertreter:innen der Arbeitgeberseite einer:in Vertreter:in der Beschäftigtenseite gegenüberstehen. Es gibt jedoch sehr viel mehr abhängig Beschäftigte als Arbeitgeber:innen, im demokratischen Gemeinwesen ist dies abzubilden. Die Genannten scheinen zudem nicht geeignet, den Aufwand, der Bürger:innen – im Entwurf stets zuerst genannt – entsteht, zu prüfen. Bürger:innen (und die öffentliche Verwaltung) haben eine völlig andere Perspektive auf Regelungen als bspw. Unternehmen.

Wir schlagen daher vor, wenn ein derartiger Normenkontrollrat gebildet werden soll, tatsächlich „Gemeinwohlbelange“ dort zur Geltung zu bringen und ihn mit einer Prüfung von Gesetzesfolgen aus einer Nachhaltigkeitsperspektive – also bzgl. ökonomischer, ökologi-

scher und sozialer Folgekosten – zu beauftragen. Das würde bedeuten, neben der paritätischen Einbindung von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen, Vertreter:innen von Kommunen und Verbraucherschutz auch Sozial- und Umweltbelange dort zur Geltung zu bringen. Wir schlagen daher vor, Vertreter:innen von Sozial-, Umwelt- und Migrationsverbänden in der gleichen Zahl wie Wirtschaftsvertreter:innen für den Normenkontrollrat vorzusehen.

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 3 sind von sieben Mitgliedern drei Frauen zu berufen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Es fällt jedoch auf, dass der Gesetzentwurf vollständig im generischen Maskulin verfasst ist und nicht einmal eine Gleichstellungsklausel, wonach alle Geschlechter gemeint seien, enthält.

Zu §§ 4, 5 und 7

Das sehr umfangreiche Prüfrecht für alle künftigen und bestehenden Rechtsnormen sowie die Verfahrensvorgaben in § 4 Abs. 5 und Abs. 7 deuten einen erheblichen Zusatzaufwand für die Landesverwaltung an. Zurecht wird die Dauer vieler Verwaltungsverfahren durch Wirtschaft und Betroffene beklagt. Hier wird die politische Entscheidungsfindung und Rechtsetzung noch einmal verlangsamt und ein zusätzlicher „Veto-Spieler“ etabliert.

Eine bürger:innennahe und unternehmensfreundliche Verwaltung zeichnet sich aus gewerkschaftlicher Sicht durch Effektivität und die notwendige Leistungsfähigkeit aus, um für die wirtschaftliche Entwicklung und die sozial-ökologische Transformation notwendige Prozesse schnell und fachkundig zu bearbeiten. Dafür bedarf es keiner neuen Kommission, die mit Verwaltungsmehraufwand verbunden ist, sondern mehr Fachpersonals und zusätzlicher Investitionen u. A. in die digitale Infrastruktur.

In § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 wird die Erprobung und Auswertung von Regelungen mit ausgewählten Akteuren vorgesehen. Was dies bedeutet, wird nicht erläutert. Noch weitere und nicht einmal benannte Akteure in Rechtssetzungsverfahren einzubeziehen, überspannt jedoch endgültig den Bogen dessen, was demokratietheoretisch zu rechtfertigen ist.

Falls Sie an der Errichtung eines Thüringer Normenkontrollrates festhalten wollen, schlagen wir Ihnen vor, dies mit einer klar eingegrenzten Aufgabenstellung, aber insbesondere deutlich breiter und die gesellschaftliche Vielfalt abbildend aufgestellt, anzulegen. Den Bedarf sehen wir jedoch nicht.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG), Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/4084											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Verbraucherzentrale Thüringen</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Eugen-Richter-Straße 45</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verbraucherzentrale Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richter-Straße 45	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Verbraucherzentrale Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richter-Straße 45									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer								
Straße, Hausnummer											
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%; border: none;"></td> </tr> </table>		Postleitzahl, Ort									
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

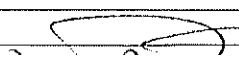
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">NKR Baden-Württemberg</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Stadtschulverwaltung Riedel-Wegweiser-Str. 68/15 Stuttgart</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">70184 Stuttgart</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		NKR Baden-Württemberg	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtschulverwaltung Riedel-Wegweiser-Str. 68/15 Stuttgart	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	70184 Stuttgart
	Name	Organisationsform									
		NKR Baden-Württemberg									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtschulverwaltung Riedel-Wegweiser-Str. 68/15 Stuttgart									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	70184 Stuttgart										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wissenschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	ein wichtiger Beitrag zu Bürokratieabbau und -vermeidung, zu besserer Rechtsetzung nicht nur in Thüringen, sondern über Kooperation mit anderen MKR's für ganz Deutschland kleine Modifikationsvorschläge des fest. Entwurfs	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Speyer, 26.1.2022	

THÜR. LANDTAG POST
27.01.2022 08:57

24.59/2022

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (ThürABKG)

**Anhörung zu
LT-DRs. 7/4084 – Neufassung – v. 15.09.2021
am 28. Januar 2022**

**Den Mitgliedern des
AfEKM**

**Den Mitgliedern des
AfWWDG**

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1705

zu Drs. 7/4084NF



Baden-Württemberg

GEGENSTAND

- Einsetzung eines Thüringer Normenkontrollrats bei der Staatskanzlei
- Aufgabe: Unterstützung der Landesregierung in Sachen Bürokratievermeidung, Bürokratieabbau und Besserer Rechtsetzung
- Beratung der Landesregierung bei der „Etablierung eines kontinuierlichen Prozesses für rechtssicheren Bürokratieabbau“
- Methode: Erfüllungsaufwand über SKM und weitere Methoden
- Besonderes Augenmerk auf
 - Informationspflichten (= Bürokratiekosten i.e.S.) und
 - elektronische und digitale Verwaltungsformen
- NKR Th: 7 Mitglieder
 - die schon 12 Monate nicht Mitglied eines Parlamentes oder einer Bundes- oder Landesverwaltung waren
 - 3 Praktiker*innen aus Industrie und Handel, Handwerk und Freie Berufe, 4 Vertreter*innen von Kommunen, Wirtschaftskammern, Arbeitnehmervereinigungen und Verbraucherschutz
 - Vorsitz durch Wahl der Mitglieder des NKR
 - Geschäftsstelle und Ressourcenausstattung




Baden-Württemberg

BEURTEILUNG

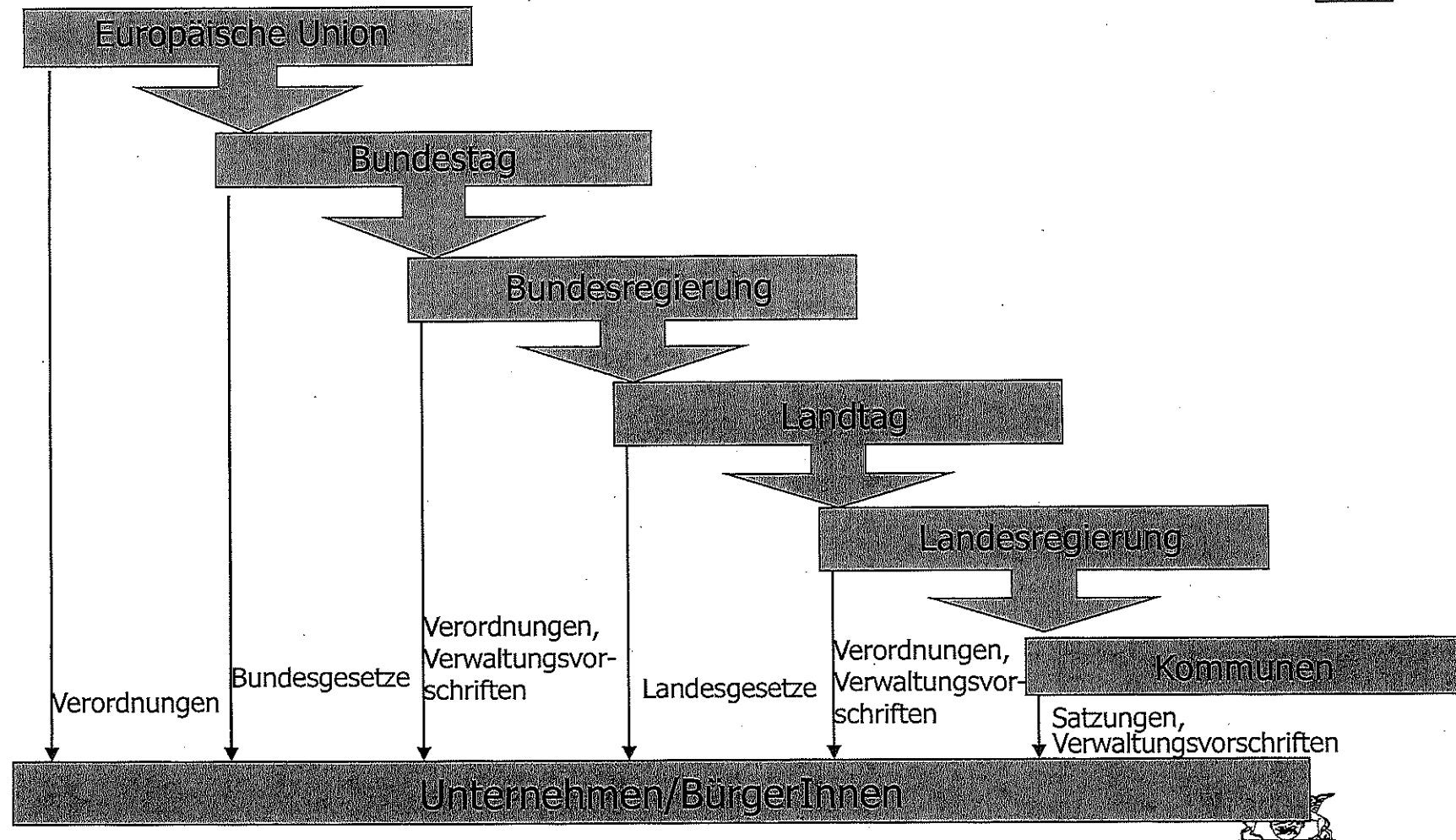
- NKR-Modell eines „unabhängigen watch-dogs“ hat sich auf Bundesebene, in Baden-Württemberg und in Sachsen sowie im Ausland (Niederlande, UK, Schweden, Tschechien, ...) für Bürokratievermeidung und Bürokratieabbau bewährt
- Ex ante-Verfahren gewährleistet, dass regelungsentwerfende Ministerien die Folgen für die Normadressaten (Bürger*innen, Wirtschaft, Verwaltung)
 - systematisch erfassen,
 - quantifizieren („Hausnummer“) und
 - auf Verfahren der geringsten Belastung überprüfen.
- Gut:
 - Prüfungsrecht für bestehende Rechtsnormen (ex post), weil viel unnötige Bürokratie im Bestand existiert
 - Prüfung von Landesgesetzen aus der Mitte des Landtages
- Sehr wichtig: NKR auf Landesebene kann – anders als der Bund – die Verwaltungswege – auch bei den Kommunen - und deren Erfüllungsaufwand besser abschätzen, denn tatsächliche und empfundene Belastungen liegen häufig auch und gerade in der **Art und Weise des Vollzugs**



- Ein dritter NKR auf Landesebene auch deswegen wichtig, weil die Folgen auch von Bundes- und in nationales Recht umgesetztes europäisches Recht für alle Normadressaten transparent gemacht, problematisiert und minimiert werden:
 - der deutsche Föderalismus zentralisiert Gesetzgebung bei dezentralem Vollzug durch Länder und deren Kommunen (s. Regulierungskaskade), 
 - Recht als Steuerungsinstrument zwischen den föderalen Ebenen
 - bürokratische Belastungen können erst bei Kenntnis des dezentralen Verwaltungswegs belastbar ermittelt werden
- Deshalb: vertikale Kooperation zwischen Normenkontrollräten der Länder und des Bundes wichtig, um **ex-ante-Prüfung von Bundesrecht zu verbessern**, aber auch horizontale Kooperation, um bessere Erkenntnisse über Landesrecht zu erhalten!
- Aber auch: **Prüfungsrecht für Umsetzung von Bundesrecht in Landesrecht**, selbst wenn NKR Bund vorher quantifiziert hat!!!
- Auch: **Prüfung von Verwaltungsvorschriften des Landes nötig**, da manche völlig überflüssige Belastung erst in der Verwaltungsvorschrift sichtbar wird.
- Sinnvolle Ausnahmen: Staatsverträge, reines Haushaltsrecht, unmittelbar wirkende EU-Verordnungen



Die Regulierungskaskade in Deutschland (idealtypisch)



- ex-post-Prüfung geschieht meistens über Gutachten, die besondere Bereiche betreffen, die als besonderes bürokratieanfällig oder –sensibel erkannt werden
 - eignen sich gut, um größere Bürokratieabbaumaßnahmen über Empfehlungskataloge in Gang zu setzen
 - betreffen häufig Querschnittsthemen (NKR BW: Belastungen der Wirtschaft, Branchestudien – Bäckereihandwerk -, Belastungen des Ehrenamts, Brandschutzstudie, Probleme der Digitalisierung bei „Once Only“, Förderverfahren, ...)
 - fokussieren immer auch die Effizienz und Belastungsproblematik von Vollzugsverfahren
- besondere Problematik der Verwaltungsdigitalisierung
 - Sisyphus-Arbeit bei der Umsetzung im Landesrecht
 - verändert Verwaltungsprozesse auch und gerade bei den Kommunen
 - trägt mit Sicherheit einen erheblichen Teil zur Senkung der Bürokratiebelastung bei
 - schafft auf Dauer auch Entlastungen der Verwaltung von schwerfälligen und überflüssigen Verfahren
 - auch: Beschleunigung von Verwaltungsverfahren! Besondere Vorteile für Wirtschaftsstandort!



- Gut und richtig: Anbindung an Staatskanzlei
 - historisch gesehen viele Versuche von Regierungen, Bürokratie abzubauen
 - meistens in den Innenministerien angesiedelt oder, soweit die Belastungen der Wirtschaft fokussiert wurden (und werden), auch in den Wirtschaftsministerien
 - Ergebnisse waren immer punktuell, aber selten von Dauer und liefen häufig leer
 - „Regierungszentrale“ hat die erforderliche Querschnittsfunktion und Durchschlagskraft, den Prozess der dauerhaften Bürokratievermeidung auch durchzusetzen
- **Mitgliederstruktur des NKR nicht zu detailliert regeln; Wissenschaft fehlt!**
- NKR und Bessere Rechtsetzung bedeuten **Kulturwandel in den Rechtsetzung**
- Bessere Rechtsetzung
 - umfasst mehr als Bürokratiekostensenkung oder –vermeidung;
 - bessere und verständlichere Sprache wichtig auch für Normadressat*innen
 - fokussiert auch klare Beschreibung des Regelungsziels, Notwendigkeit der Regelung, Zahl der Vorschriften, Verhältnismäßigkeit/Wirtschaftlichkeit, Systemgerechtigkeit und Vollziehbarkeit, Wirksamkeit, Befristung und Evaluierung bestehender Regelungen
- NKR hat sich hierzu als zielführende Institution etabliert!



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Baden-Württemberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>(</td> <td>Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 34</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	(Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 34	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	(Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 34									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Betreuung und Beratung mittelständischer Unternehmen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die erstmalige Institutionalisierung eines unabhängigen thüringer Gremiums zum Bürokratieabbau an kompetenter Stelle wird von uns begrüßt. Damit der Thüringer Normenkontrollrat (ThürABKG) erfolgreich wirken kann, müssen seine Aufgaben und Kompetenzen klar geregelt sein und die Landesregierung und der Landtag ihm uneingeschränkte Unterstützung zu Teil werden lassen. Perspektivisch könnte er nach dem Vorbild der britischen „Better Regulation Executive“ die Landesministerien schon beim Entwurf bürokratiearmer Gesetze unterstützen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die im ThürABKG § 5 aufgeführten Befugnisse und Rechte in der Praxis auch umgesetzt werden können und nicht durch Verwaltungs-, Datenschutz- oder Ressourcenhemmnisse unterlaufen werden. Ergänzt werden sollte § 5 (2) noch dadurch, dass nicht nur die Übermittlung auf Anforderung, sondern die Übermittlung auf eigene Veranlassung hin verstanden wird.“	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	

	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.01. 2022	

BVMW • Arnstädter Str. 34 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag

**Landesverband
Thüringen**

THÜR. LANDTAG POST
27.01.2022 12:00

2480/2022

Arnstädter Str.34
99096 Erfurt

www.erfurt.bvmw.de

Erfurt, 25.01.2022

Stellungnahme zum Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die erstmalige Institutionalisierung eines unabhängigen thüringischen Gremiums zum Bürokratieabbau an kompetenter Stelle wird von uns begrüßt. Damit der Thüringer Normenkontrollrat (ThürABKG) erfolgreich wirken kann, müssen seine Aufgaben und Kompetenzen klar geregelt sein und die Landesregierung und der Landtag ihm uneingeschränkte Unterstützung zu Teil werden lassen. Perspektivisch könnte er nach dem Vorbild der britischen „Better Regulation Executive“ die Landesministerien schon beim Entwurf bürokratiearmer Gesetze unterstützen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die im ThürABKG § 5 aufgeführten Befugnisse und Rechte in der Praxis auch umgesetzt werden können und nicht durch Verwaltungs-, Datenschutz- oder Ressourcenhemmnisse unterlaufen werden. Ergänzt werden sollte § 5 (2) noch dadurch, dass nicht nur die Übermittlung auf Anforderung, sondern die Übermittlung auf eigene Veranlassung hin verstanden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Bauernverband</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Alfred-Hess-Straße 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Bauernverband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Bauernverband	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

4762/2022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionengesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Universität Lüneburg</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Vizepräsident Professional School, Internationalisierung & Fundraising Universitätsallee 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>D-21335 Lüneburg www.leuphana.de</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Universität Lüneburg	Geschäfts- oder Dienstadresse	LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vizepräsident Professional School, Internationalisierung & Fundraising Universitätsallee 1	Postleitzahl, Ort	D-21335 Lüneburg www.leuphana.de
	Name	Organisationsform									
		Universität Lüneburg									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vizepräsident Professional School, Internationalisierung & Fundraising Universitätsallee 1									
Postleitzahl, Ort	D-21335 Lüneburg www.leuphana.de										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Name - Umsetzung der Normen im hiesigen Bundesland	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
L=γ 9.2.2022	

Leuphana Universität Lüneburg • Competition & Regulation • 21335 Lüneburg

An den Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur, Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht, Leuphana Law School

Professor for European and International Economic Law, University of Glasgow

Leuphana Universität Lüneburg
Universitätsallee 1
Gebäude 4, Raum 210
21335 Lüneburg

www.leuphana.de

**Stellungnahme zum „Gesetz zur Einsetzung einer Anti-Bürokratiekommission
(Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG),
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/4084 Neufassung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 29. Dezember 2021 bin ich vom Thüringer Landtag, Ausschuss für Europa, Kultur und Medien gebeten worden, zum o.g. Gesetzesentwurf eine Stellungnahme abzugeben.¹ Dieser Bitte komme ich hiermit nach.

I. Vorüberlegungen

(1) Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, einen „Thüringer Normenkontrollrat“ einzurichten, der sich der Aufgabe des Bürokratieabbaus widmen soll. Hierzu können „neue wie auch bestehende Normen“ durch den Normenkontrollrat kontrolliert werden (§ 1 Abs. 1 S. 2 E-ThürABKG). Der Normenkontrollrat soll die Landesregierung „bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung“ beraten und unterstützen sowie beratend für einen „kontinuierlichen Prozess(es) für rechtssicheren Bürokratieabbau“ zur Verfügung stehen (§ 1 Abs. 2 S. 1 und S. 2 E-ThürABKG). Hierbei sollen der Erfüllungsaufwand und die Gesetzesfolgekosten neuer Regelungen im Vordergrund stehen (§ 1 Abs. 3 S. 1 E-ThürABKG), daneben können aber auch bestehende Regelungen in den Blick genommen werden (§ 1 Abs. 3 S. 3 E-ThürABKG). Um die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers nicht zu unterlaufen, werden Ziele und Zwecke von Regelungen „nicht Gegenstand seiner Prüfungen“ sein (§ 1 Abs. 4 E-ThürABKG). Gesetze, die Bundesrecht oder verbindliches Recht der EU umsetzen sowie Gesetze, die sich auf die Festlegung von Zuständigkeiten oder auf die Zustimmung zu einem Staatsvertrag beschränken oder haushaltsrechtliche Regelungen einschließlich der Haushaltsbegleitgesetze und des Fi-

¹ Thüringer Landtag, Drs. 7/4084 – Neufassung – vom 15. September 2021, S. 1-7.



nanzausgleichsgesetzes betreffen, sollen nicht Gegenstand von Prüfungen des Thüringer Normenkontrollrats sein (§ 4 Abs. 2 Nr. 1-4 E-ThürABKG).

(2) Das E-ThürABKG enthält neben dieser allgemeinen Umschreibung der Aufgaben des Thüringer Normenkontrollrats noch Begriffsbestimmungen und Arbeitsweise (§ 2 E-ThürABKG), Informationen zur Zusammensetzung und Organisation des Gremiums (§ 3 E-ThürABKG), zu den Bereichen seines Prüfungsrechts (§ 4 E-ThürABKG), seinen Befugnissen (§ 5 E-ThürABKG), seinen Pflichten (§ 6 E-ThürABKG), den entsprechenden Pflichten der Landesregierung (§ 7 E-ThürABKG) sowie zur Evaluation des Gesetzes (§ 8 E-ThürABKG) und seinem Inkrafttreten (§ 9 E-ThürABKG).

(3) Eine ausführliche Gesetzesbegründung liegt bislang nicht vor.² Hier kann allerdings auf die entsprechenden Begründungen, die vergleichbaren Gesetzen auf der Ebene des Bundes oder auf Landesebene zugrunde liegen, zurückgegriffen werden.

II. Schwerpunkte des Gesetzesentwurfs

(4) Das Ziel, Bürokratie abzubauen bzw. zu vermeiden, spielt in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion immer wieder eine große Rolle, auch wenn es heute an wirkmächtigen Instrumenten fehlt, dem wichtigen Bürokratieabbauziel echte Durchschlagskraft zu verleihen. Dass es sich hier nicht um eine neue Problemlage handelt, kann man schon daran erkennen, dass auf Bundesebene bereits 2006 ein Nationaler Normenkontrollantrag eingerichtet wurde.³ Daneben haben bislang zwei Bundesländer (Sachsen⁴ und Baden-Württemberg⁵) einen Normenkontrollrat eingerichtet. Es handelt sich hierbei also weder um Gremien, die es schon in jedem Bundesland gibt, noch ist bislang evaluiert worden, welchen Mehrwert entsprechende „Räte“ oder „Kommissionen“ aufweisen und wie sich ihre Befugnisse zur Aufgabe des parlamentarischen Gesetzgebers verhält, Recht zu setzen.⁶

1. Befugnisse des Thüringer Normenkontrollrats

(5) Auffällig an dem E-ThürABKG ist zunächst, dass dem Thüringer Normenkontrollrat nicht nur die Aufgabe zukommen soll, künftige Gesetzesvorhaben auf der Grundlage seines gesetzlichen Auftrags zu begutachten, sondern darüber hinaus auch bestehendes Recht zu evaluieren und „Vorschläge zur Reduzierung

² Die Begründung umfasst lediglich eine Seite und verweist im Wesentlichen darauf, dass ein solches Gesetz bislang nicht von der Landesregierung vorgelegt wurde; s. Thüringer Landtag, Drs. 7/4084 – Neufassung – v. 15.9.2021, S. 7.

³ Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates vom 14. August 2006, BGBl. I S. 1866.

⁴ Gesetz zur Einsetzung eines Sächsischen Normenkontrollrates vom 3. Juli 2014, SächsGVBl. S. 384.

⁵ Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien für den Normenkontrollrat Baden-Württemberg (VwV Normenkontrollrat BW – VwV NKR BW) vom 12. Dezember 2017 – Az.: I-0144.5 –.

⁶ Dazu etwa Gregor Kirchhof, Allgemeinheit des Gesetzes, S. 293; Jens Kersten, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 76 Rn. 37.



des Erfüllungsaufwands, zu Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen und zur besseren Rechtsetzung [zu unterbreiten“ (§ 1 Abs. 3 S. 3 E-ThürABKG). Dementsprechend soll der Rat „sowohl ein Prüfungs- als auch ein Beratungsmandat“ haben (§ 1 Abs. 2 S. 3 E-ThürABKG).

(6) Neben seiner allgemeinen Aufgabe Prüfungen durchzuführen und Berichte zu erstellen (§ 6 Abs. 2 E-ThürABKG), soll der Thüringer Normenkontrollrat berechtigt sein 1. Anhörungen durchzuführen und Gutachten in Auftrag zu geben, 2. der Landesregierung Sonderberichte vorzulegen und 3. geplante Regelungen vor deren Inkrafttreten mit ausgewählten Akteuren zu erproben und auszuwerten (§ 5 Abs. 1 Nr. 1-3 E-ThürABKG).

2. Bestellung durch den Landtag

(7) Im Gegensatz zum Nationalen Normenkontrollrat, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Bundeskanzlers, im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedern der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten, berufen werden (§ 3 Abs. 1 S. 2 NKRGG), sieht das E-ThürABKG eine Wahl der Mitglieder des Thüringer Normenkontrollrats durch den Landtag vor (§ 3 Abs. 1 S. 2 E-ThürABKG). Dieser Unterschied in der Bestellung hat Folgen für die Verortung des Gremiums: Während der Nationale Normenkontrollrat ein Gremium ist, das maßgeblich im Lager der Exekutive steht, gilt das für den Thüringer Normenkontrollrat nur bedingt. Zwar übt die Rechtsaufsicht über den Thüringer Normenkontrollrat die Staatskanzlei aus (§ 3 Abs. 9 E-ThürABKG), gleichwohl sollen seine Mitglieder vom Landtag gewählt werden (§ 3 Abs. 1 S. 1 E-ThürABKG). Das Gremium wird schon deshalb eine breitere Legitimationsgrundlage haben als Normenkontrollräte, deren Mitglieder von der jeweiligen Regierung eingesetzt werden. Hier ist nicht auszuschließen, dass es zu erheblichen „Verselbständigungsprozessen“ kommen könnte.

(8) Der Thüringer Normenkontrollrat soll aus sieben Mitgliedern bestehen (§ 3 Abs. 1 S. 1 E-ThürABKG), wobei gem. § 3 Abs. 3 E-ThürABKG je ein Mitglied ein Praktiker bzw. Vertreter aus den Bereichen

- Industrie- und Handel
- Handwerk
- Freie Berufe
- Vertreter der Kommunen
- Wirtschaftskammern
- Arbeitnehmervereinigungen
- Verbraucherschutz

stammen soll. Hierbei müssen mindestens drei der Mitglieder weiblich sein (§ 3 Abs. 3 S. 3 E-ThürABKG). Die Aufzählung der verschiedenen Bereiche ist nicht als Beispiel o.ä. konzipiert, sondern der anvisierte



Normtext kann nur so verstanden werden, dass diese sieben Bereiche stets – und damit ausschließlich – im Thüringer Normkontrollrat vertreten sein sollen.

3. Bereiche des Prüfungsrechts

(9) Das „Prüfungsrecht“ des Thüringer Normkontrollrats soll sich 1. auf Entwürfe von Landesgesetzen, die von der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden sollen, 2. auf Entwürfe von Landesgesetzen aus der Mitte des Landtags während der Ausschussbefassung und 3. auf Entwürfe von Rechtsverordnungen der Landesregierungen und der Ministerien erstrecken (§ 4 Abs. 1 Nr. 1-3 E-ThürABKG).

(10) Es soll im Ermessen des Thüringer Normkontrollrats stehen, ob und in welchem Umfang er Prüfungen durchführt (§ 4 Abs. 4 E-ThürABKG). Er soll hierbei gem. § 4 Abs. 7 S. 1 E-ThürABKG „im Rahmen der in § 2 Abs. 3 Satz 2 beschriebenen Einzelfallprüfung auch aus eigener Initiative für bereits bestehende Landesgesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften eine Begutachtung durchführen“ dürfen.

III. Würdigung

(11) Das Anliegen, Bürokratie zu verhindern bzw. abzubauen ist sicher so alt wie das Phänomen der Bürokratie selbst. Tatsächlich ist zu erwarten, dass die im Zuge der Corona-Pandemie gewonnenen Erkenntnisse in den nächsten Jahren dazu beitragen werden, dass „Bürokratieabbau“ eine wichtige Rolle spielen wird. Ob allerdings Kommissionen oder Räte dazu einen echten Beitrag leisten können, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab.

(12) Der Gesetzesentwurf wirft einige grundsätzliche Fragen auf:

1. Wie ist das Verhältnis des Normkontrollrats zum Thüringer Landtag zu bestimmen? Sind hier Probleme aus der Perspektive des Prinzips der Gewaltenteilung zu befürchten?

2. Sollte das Gesetz bereits für alle sieben Mitglieder des Normkontrollrats die Zugehörigkeit aus bestimmten gesellschaftlichen/wirtschaftlichen Bereichen fest vorgeben?

3. Ist die Bezeichnung als „Normkontrollrat“ vor dem Hintergrund der Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts für abstrakte und konkrete Normenkontrollen problematisch?

4. Sollte in der Bezeichnung des Gesetzes statt von einer „Anti-Bürokratie-Kommission nicht besser von einem „Normkontrollrat“ oder einer „Gesetzesfolgenabschätzungskommission“ gesprochen werden?

1. Befugnisse des Normenkontrollrats im Verhältnis zum Thüringer Landtag

(13) Der Entwurf sieht vor, dass sowohl Gesetzesentwürfe der Landesregierung als auch Gesetzesentwürfe aus der Mitte des Landtages der Begutachtung durch den Normenkontrollrat unterliegen sollen. Dies gilt auch für Entwürfe von Rechtsverordnungen. Dieser Ansatz entspricht – inzwischen – der gängigen Praxis auch der anderen Normenkontrollräte, steht aber zugleich für das Spannungsverhältnis, das in ihrer Tätigkeit im Verhältnis zu den Parlamenten begründet liegt. Zunächst ist es Aufgabe der Parlamente selbst, für „gute Gesetzgebung“ zu sorgen. Während in einer Anfangsphase der Nationale Normenkontrollrat insbesondere ein Beratungsgremium für die Exekutive verkörperte, hat er sich nach und nach zu einem umfassenden Beratungsgremium entwickelt. Dieser Ansatz spiegelt sich nun auch im E-ThürABKG wider. Um schon den Anschein zu vermeiden, dass der Thüringer Landtag seinen Aufgaben nicht nachkommen kann, sollte erwogen werden, die „Unterstützungsfunktion“ des Normenkontrollrats noch deutlicher zu betonen. In der vorliegenden Fassung könnte sich schnell der Eindruck verfestigen, dass es sich um eine allgemeine Aufsichtsinstanz handelt, die aber weder mit der Thüringer Verfassung noch mit dem Grundgesetz vereinbar wäre.

2. Zusammensetzung des Normenkontrollrats

(14) Problematisch erscheint, dass der Entwurf die fachliche Zusammensetzung des Normenkontrollrats en détail und unter Inkaufnahme einer gewissen Verengung festlegen will. Vergleichbare Vorabfestlegungen sind in anderen Gesetzen zur Einsetzung von Normenkontrollräten nicht üblich. Das NKRKG sieht in § 3 Abs. 2 vor, dass die Mitglieder des Nationalen Normenkontrollrats „Erfahrungen in legislativen Angelegenheiten innerhalb staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen gesammelt haben und über Kenntnisse in wirtschaftlichen Angelegenheiten verfügen“ sollen. Auch § 3 Abs. 3 S. 1 SächsNKRKG spricht davon, dass die Mitglieder des Sächsischen Normenkontrollrats „den Bereichen der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kommunen sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen entstammen“ und „Erfahrungen in Angelegenheiten der Rechtssetzung oder Rechtsanwendung innerhalb staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen gesammelt haben“ (§ 3 Abs. 3 S. 3 SächsNKRKG). Nach Ziff. 3.2 der VwV NKR BW sollen die Mitglieder des Normenkontrollrat Baden-Württemberg „Erfahrung aus der Landesverwaltung, Kommunalverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besitzen“.

(15) Das E-ThürABKG ist hier ersichtlich enger gefasst, was einerseits eine gewisse Fokussierung erkennen lässt, zugleich aber andere fachliche Hintergründe dauerhaft ausschließt. Es ist aber zweifelhaft, ob die in § 3 Abs. 3 E-ThürABKG geforderten fachlichen Hintergründe schon das gesamte denkbare Spektrum abbilden (so erfolgt die Abbildung der „Wissenschaft“ gar nicht). Insoweit ist anzuregen, eine offenere Formulierung des § 3 Abs. 3 E-ThürABKG zu avisieren, die sich etwa an § 3 Abs. 3 S. 3 SächsNKRKG anlehnen könnte oder erfahrungsbasiert wie § 3 Abs. 2 NKRKG ausgestaltet wird.

3. Begriff „Normenkontrollrat“

(16) Zwar hat sich der Begriff „Normenkontrollrat“ inzwischen durch die bestehenden Normenkontrollräte auf Bundes- und Landesebene fest etabliert, er hinterlässt gleichwohl ein Störgefühl. Die Aufgabe der „Normenkontrolle“ obliegt gem. Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6 BVerfGG, § 76 ff. BVerfGG bzw. Art. 100 Abs. 1 GG, § 13 Nr. 8 BVerfGG, § 80 ff. BVerfGG dem Bundesverfassungsgericht, auch wenn der Begriff explizit weder im Grundgesetz noch im Bundesverfassungsgerichtsgesetz verankert ist. Die gerichtliche Normenkontrolle kann zur Nichtigkeitserklärung eines Gesetzes führen (s. § 78 BVerfGG) und damit zu erheblichen Folgen. Bei der Aufgabe des Normenkontrollrats handelt es sich aber um eine ex-ante-Beurteilung, die zudem aufgrund des eingeschränkten Prüfauftrags keine vergleichbaren Rechtswirkungen zu entfalten vermag. Jedenfalls sind die Ergebnisse einer Überprüfung durch den Normenkontrollrat nicht bindend (§ 7 Abs. 1 S. 2 E-ThürABKG), sondern lösen Begründungs- und Dokumentationspflichten aus. Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, die anvisierte Bezeichnung als „Normenkontrollrat“ durch eine treffendere Bezeichnung zu ersetzen. Der Sache nach handelt es sich bei dem Gremium um eine „Entbürokratisierungskommission“ oder eine „Gesetzesfolgenabschätzungskommission, auch wenn diese Begriffe nicht so schillernd sind wie der Begriff des Normenkontrollrats.

4. Bezeichnung des Gesetzes

(17) Angemerkt sei schließlich, dass die Bezeichnung des Gesetzes als „Gesetz zur Einsetzung einer Anti-Bürokratiekommission“ ein wenig fehlleitend ist. In der Sache – und auch nach § 1 E-ThürABKG – geht es um die Einrichtung eines auch so bezeichneten Normenkontrollrats. Insoweit schlage ich vor, das Gesetz auch als „Gesetz zur Einrichtung eines Thüringer Normenkontrollrats“ bzw. „Gesetz zur Einrichtung einer Thüringer Gesetzesfolgenabschätzungskommission“ zu bezeichnen.

* * *

Lüneburg/Hamburg, den 26. Januar 2022

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

11372/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

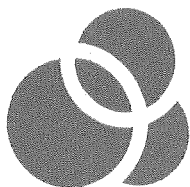
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4084 Neufassung -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Sicherstellung der Wahrnehmung der Interessen von Menschen mit Behinderung (Art. 4, Abs. 3 UN-BRK)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Erweiterung des Normenkontrollbereiches um Vertreter von Menschen mit Behinderung - entsprechende Anpassung des G-E bzgl. Umfang, Funktion, Aufgaben desremiums	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	- durch G-E besteht die Möglichkeit der besseren Umsetzung UN-BRK und des Thüringer Maßnahmenplans z.U zur Umsetzung UN-BRK	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
EF, 03.05.2022	



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. • Anger 19/20 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**LIGA der politischen Interessen- und
Selbstvertretung von Menschen mit
Behinderungen in Thüringen e.V.**

Anger 19/20
99084 Erfurt
Tel.: 0361 55068700
Fax: 0361 55068701
E-Mail: info@selbstvertretung-thueringen.de

Erfurt, den 25.04.2022

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zum „Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz – ThürABKG) in Drucksache 7/4084 - Neufassung

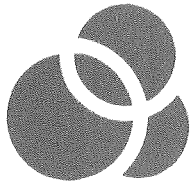
Sehr geehrte Frau Vorsitzende Mitteldorf, MdL,
sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses,

seit dem 24.09.2021 debattieren Sie dem oben genannten Gesetzentwurf und haben dazu auch bereits eine mündliche Anhörung durchgeführt. Daher überrascht es Sie vielleicht, dass wir uns unaufgefordert mit einer schriftlichen Stellungnahme an sie wenden. Bitte verstehen sie dies nicht als Missachtung der Entscheidung des Ausschusses bzgl. der bereits Angehörten, sondern als einen Debattenbeitrag. Wir wollen Ihnen kurz unsere Beweggründe für diesen Schritt erläutern und dann auf einige Punkte des Gesetzentwurfes eingehen.

Als LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. setzen wir uns für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß Artikel 4, Abs.3 ein:

„Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderung betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.“

In diesem Sinne sind wir beispielsweise die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung zur Ausführung des SGB IX (Vgl. §7 ThürAGSGB IX). Jedoch werden die



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Belange von Menschen mit Behinderung nicht nur im Rahmen der Sozialgesetzgebung tangiert, sondern in nahezu allen Politikfeldern, wie der Bildungspolitik, im Bereich des Bauens oder auch den in ihrem Ausschuss debattierten Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz, um nur einige Bereiche exemplarisch herauszustellen. Daher sehen wir es als zielführend an, auch im Hinblick auf die Umsetzung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, und hier maßgeblich die Handlungsfelder VII und VIII, wenn die Belange von Menschen mit Behinderung bei der Gesetzgebung und der Umsetzung von Rechtsvorschriften mit einbezogen werden würden. Der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 7 zum einen dargelegt, dass die Einbeziehung in politische Entscheidungen in einer möglichst weiten Auslegung erfolgen sollte¹ und zum anderen, dass dazu rechtliche und gesetzliche Strukturen dafür geschaffen werden sollten². Das debattierte ThürABKG würde Gelegenheit bieten, dieses Ziel umzusetzen.

Zu den vorliegenden Gesetzentwurf möchten wir deshalb folgende Anmerkungen und Anregungen geben:

Zu §1:

Im Sinne unserer einleitenden Ausführungen sollten die Aufgaben des Normenkontrollrates auf die Auswirkungen von Maßnahmen auf Menschen mit Behinderung erweitert werden. Folgende Änderungsvorschläge sollten demnach Berücksichtigung finden:

Abs. 1: „Bei der Staatskanzlei wird eine Kommission eingerichtet, die sich der Aufgabe des Bürokratieabbaus und der Folgen für Menschen mit Behinderung widmen soll.“

- Bei einer Erweiterung des Aufgabenfeldes des Normenkontrollrates muss dieses auch benannt werden. Daher schlagen wir vor, diesen Passus aufzunehmen.

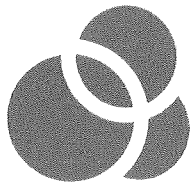
¹ Vgl. Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Allgemeine Bemerkung Nr. 7 (2018) über die Partizipation von Menschen mit Behinderungen einschließlich Kindern mit Behinderungen über die sie repräsentierenden Organisationen bei der Umsetzung und Überwachung des Übereinkommens, Nr. 18, S. 6f.

[https://www.gemeinsam-einfach-](https://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/UN_BRK/AllgBemerkNr7.pdf;jsessionid=4A03357E543BAEE73E37106C6BC7F6B8.2_cid330?__blob=publicationFile&v=2)

[machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/UN_BRK/AllgBemerkNr7.pdf;jsessionid=4A03357E543BAEE73E37106C6BC7F6B8.2_cid330?__blob=publicationFile&v=2](https://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/UN_BRK/AllgBemerkNr7.pdf;jsessionid=4A03357E543BAEE73E37106C6BC7F6B8.2_cid330?__blob=publicationFile&v=2)

abgerufen letztmalig am 21.04.2022, 21.38Uhr.

² Vgl. ebd., Nr. 53, S. 13.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Abs. 2: „Der Thüringer Normenkontrollrat hat die Aufgabe, die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus ~~und~~, der besseren Rechtssetzung und der Verwirklichung der UN-Behindertenrechtskonvention zu beraten und zu unterstützen.“

- Analog zur Änderung im Absatz 1 muss auch die Zielsetzung angepasst werden. Der dezidierte Verweis auf die UN-Behindertenrechtskonvention dient der Klarstellung der Ziele. Damit wäre auch eine Verbindung zum Thüringer Maßnahmenplan 2.0 zur Umsetzung der Konvention gezogen.

Abs. 3: „Er prüft insbesondere die Darstellung des Erfüllungsaufwands und der Gesetzesfolgekosten neuer Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger, speziell auch für Menschen mit Behinderung, die Wirtschaft [...]“

- Gesetzliche Neuregelungen oder auch neue Verwaltungsvorschriften können unter Umständen für Menschen mit Behinderungen weitreichendere Auswirkungen haben als für Menschen ohne diese Einschränkungen. Daher soll mit der Expliziten Erwähnung von Menschen mit Behinderung sichergestellt werden, dass deren Belange auch geprüft werden.

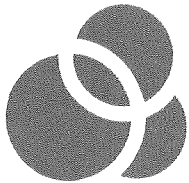
Zu §2:

„Abs. 5: Der Thüringer Normenkontrollrat prüft die Folgen einer Vorschrift auf deren Auswirkung von Menschen mit Behinderung, achtet auf Barrierefreiheit bei der Umsetzung und die Anwendung von leichter Sprache.“

- Mit der Einfügung eines Absatz 5 soll gewährleistet werden, dass das anvisierte Ziel nochmals benannt wird. Außerdem wird konkretisiert, dass Barrierefreiheit ein wichtiges Prüfelement ist und auch leichte Sprache. Insbesondere die Anwendung von leichter Sprache ist imungsverfahren eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Dennoch ist es zwingend erforderlich, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Zu §3:

Abs. 1: „Der Thüringer Normenkontrollrat besteht aus neun Mitgliedern. [...] Eine erneute Berufung ist ~~einmal~~ zulässig.“



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- Um die Umsetzung der Ziele zu gewährleisten, muss es eine personelle Aufstockung des Normenkontrollrates geben. Damit die anvisierte ungerade Mitgliedsanzahl auch weiterhin gewährleistet werden kann, sollte das Gremium um 2 Sitze aufgestockt werden. Dadurch ist eine Mehrheitsentscheidung auch künftig gesichert.

Abs. 3: „[...] Verbraucherschutz sein. Darüber hinaus ist der Thüringer Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung und ein Vertreter der LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. als Betroffenenvertretung Mitglied. [...]. Der Thüringer Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung und der Vertreter der LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. sind von der Quotierung ausgenommen.“

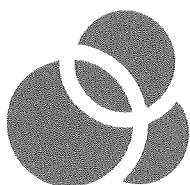
- Als Mitglieder des Normenkontrollrates schlagen wir zum einen den Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung vor und zum anderen einen Vertreter von uns vor. Durch den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung kann insbesondere die Expertise für Barrierefreiheit einbezogen werden. Durch uns als LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. wird der UN-Behindertenrechtskonvention immanente Peer-Gedanke verwirklicht und die Interessenvertretung von Betroffenen an der Mitwirkung entsprechend Artikel 4, Abs. 3. UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt.
- So sehr wir die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern befürworten sehen wir eine Anwendung der Quotierung auf die zusätzlichen Stellen im Normenkontrollrat kritisch. Wir als LIGA haben nicht die personelle Ausstattung, als dass wir größere Auswahlmöglichkeiten zur Entsendung in das Gremium hätten.

Abs. 7: [...] Ein Sondervotum ist ~~nicht~~ möglich.“

- Aufgrund der Erweiterung des Aufgabenfeldes des Normenkontrollrates muss ein Sondervotum möglich sein. So wenig wir als LIGA die Expertise für Bürokratiekosten und deren Berechnung besitzen, gehen wir davon aus, dass die anderen Mitglieder des Normenkontrollrates nicht unser Wissen bezüglich der UN-Behindertenrechtskonvention und die Betroffenenvertretung besitzen. Um beide Bereiche adäquat abbilden zu können muss auch ein Sondervotum dazu möglich sein. Andernfalls droht die Gefahr, dass die neu eingeführten Bereiche aufgrund der Mehrheitsverhältnisse keine Berücksichtigung fänden.

§4:

Abs.2, Satz 4: [...] ~~und des Finanzausgleichsgesetzes~~ betrifft.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- Das Königsrecht des Parlamentes mit der Haushaltsverabschiedung sehen wir zu Recht als vom Prüfbereich ausgeschlossen. Zudem könnte es auch zu Gewissenskonflikten bei den Mitgliedern der Kommission führen, da diese teils durch den Haushaltsgesetzgeber bedacht werden. Eine Ausklammerung des Finanzausgleichsgesetzes sehen wir hingegen kritisch. Über das Finanzausgleichsgesetz werden den Gebietskörperschaften deren Ausgaben auch für den Bereich des SGB IX erstattet, wie es in §12, Abs.1 ThürFAG geregelt ist. Eine Änderung des ThürFAG könnte somit den Handlungsspielraum der Kreise für deren Aufgaben in Bezug auf die gesetzlichen Verpflichtungen aus dem SGB IX haben. Ungeachtet der kommunalen Selbstverwaltung kann eine Änderung des ThürFAG sich auch auf Menschen mit Behinderung auswirken. Deshalb sollte hier eine Stellungnahme möglich sein.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Ausführungen in ihre Debatte einbeziehen und unseren Vorschlägen folgen würden.

Gern stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung!

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags



Auswertung BTd

Gesetz zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz -ThürABKG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/4084 - Neufassung -

Frage: „Was möchten Sie zum Entwurf eines Gesetzes zur Einsetzung einer Thüringer Anti-Bürokratiekommission (Thüringer Anti-Bürokratiekommissionsgesetz - ThürABKG) in Drucksache 7/4084 insgesamt und/oder zu einzelnen Bestimmungen anmerken?“

Datum des Bei- trages	Angaben zum Autor	Titel	Zusammenfassung des Beitrages
12.01.20 22	Michael Hausemann* Rentner	Antibürokratie- Gesetz?	Bürokratische Ausuferungen sollen verhindert werden

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.